Nr. 24. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 13,50 Mk., monatl. 4,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 4,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,75 Mk., für das übrige Ausland 12,— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 10,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 14. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Straßenkampf vor dem Reichstag.

Die Blutschuld der Putschisten: 22 Tote, 2 Vermißte, 50 Verwundete.

Arbeiter, Parteigenossen!

Noch vor wenigen Tagen hat das Berliner Organ der Kommunisten seine Anhängerschaft zur Ruhe ermahnt. „Sich nicht provozieren lassen", war die Losung. Inzwischen sind die besonnenen Elemente unter den Kommunisten und Unabhängigen wieder einmal von den putschistischen Treibern überrannt worden. Die Folge war ein Straßenkampf vor dem Reichstagsgebäude, der abermals zahlreiche Tote und Verwundete gekostet hat.

Die Parteileitungen der Unabhängigen und der Kommunisten hatten für mittags 12 Uhr zu einer Massendemonstration vor dem Reichstag aufgerufen. Es war die Pflicht der Regierung und ihrer Organe, die Zugänge zum Reichstagsgebäude freizuhalten und die

Versammlungsfreiheit der Nationalversammlung

zu schützen.

Den Parteileitungen der Unabhängigen und der Kommunisten ist es nicht gelungen — ihren guten Willen vorausgesetzt —, die Ordnung und Disziplin der versammelten Massen zu wahren. Noch dreieinhalb Stunden nach dem Beginn der Demonstration standen die Massen ziel-, plan- und führerlos vor dem Reichstag. Schließlich bemächtigten sich verbrecherische Elemente der Bewegung, sie

griffen die Mannschaften der Sicherheitspolizei an,

entwaffneten und mißhandelten sie und erzwangen auf diese Weise die Abwehr.

Tragen diese verbrecherischen Elemente die unmittelbare Schuld an dem vergossenen Blut, so trifft die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher doch eine furchtbar schwere Mitschuld. Sie mußten wissen, daß in dieser erregten Zeit die Veranstaltung einer Demonstration vor dem Sitzungsgebäude der Nationalversammlung ein

gewissenloses Spiel mit Menschenleben

war, sie mußten voraussehen, daß sich unlautere Elemente in die Bewegung einmischen würden, und sie haben nichts getan, um diese Elemente in Schach zu halten.

Selbstverständlich werden die Schuldigen den Versuch machen, durch eine verzerrte Darstellung des Tatbestandes die Schuld von sich abzuwälzen. Parteigenossen, glaubt ihnen kein Wort! Eure eigenen gewählten Vertreter waren Augenzeugen dieser Vorgänge, und sie werden Euch bestätigen, daß die Organe der Regierung nicht früher zur Abwehr schritten, als bis ihnen kein anderes Mittel blieb, sich selber und das ihrem Schutz anvertraute Gebäude der Volksvertretung gegen gewalttätige Angriffe zu schützen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl der Arbeiterschaft! Ist es recht, wenn Abgeordnete, wie es geschehen ist, auf dem Wege zur Sitzung angehalten und bespien werden, wenn die

Volksvertretung unter den Druck des Terrors

gestellt wird, wenn Organe der republikanischen Staatsgewalt, die einen ihnen anbefohlenen notwendigen Dienst verrichten, beschimpft, entwaffnet, mißhandelt werden? Kein klassenbewußter Arbeiter, wie immer er über die Arbeit der Nationalversammlung urteilt, wird solche Ausschreitungen billigen!

Arbeiter, man wird versuchen, Euch durch erlogene Darstellungen in neue Torheiten hineinzutreiben. Leistet solchen Versuchen kräftigen Widerstand! Die Verfassung hat Euch zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht. Sie gibt dem ganzen Volke das Recht, die gesetzgebende Körperschaft nach seinem Willen zusammenzusetzen oder in allgemeiner Volksabstimmung die Gesetze, die es für heilsam hält, zu beschließen.

Das ist der Weg,

auf dem Ihr Eure Rechte erkämpfen werdet!

Laßt Euch nicht von denen verleiten, die Euch von der Arbeit holen, um Euch gegen die Maschinengewehre zu hetzen! Denn das ist der Weg zum Untergang!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Verbrechen.

Ja, es war ein politisches Verbrechen, das sich am Dienstagnachmittag um den Reichstag abgespielt hat. Ja, es war eine Schurkentat, die fünfzig oder mehr unschuldige Menschen mit ihrem Blute bezahlen mußten, mit Arbeiterblut, das über jene komme, die sie sinnlos in Gefahr und Untergang hineingerissen haben.

Die schuldigen Verbrecher — das sind gleichermaßen die putschistischen Hetzer, die sich der Demonstration bemächtigten, wie jene unbedachten und hohlköpfigen Veranstalter der Demonstration, die nach Zehntausenden zählenden Massen um den Sitz der gesetzgebenden Körperschaft versammelten, sie zur Siedehitze aufstachelten, um sie dann in stundenlangem, ziellosem Warten sich selbst zu überlassen — oder vielmehr nicht sich selbst, sondern jenem dunklen Gesindel, das überall mitläuft, um sich führerloser Massen zu bemächtigen und an ihrer Spitze wilde Triebe auszutoben.

Die unabhängige und die kommunistische Partei mögen jetzt ihre Hände in Unschuld waschen und erklären: „Das haben wir nicht gewollt, die sinnlosen Gewaltakte gingen von Aufstiftern aus, die wir nicht bevollmächtigt haben." Das hilft ihnen nichts, die Verantwortung tragen sie doch. Denn sie haben nichts getan, um der Demonstration irgendeinen friedlichen Abschluß zu weisen und um die von ihnen aufgebotenen Massen in der Hand zu behalten.

Was nützt es, wenn man, wie die „Rote Fahne", in akademischen Leitartikeln theoretisch putschistische Abenteuer verwirft, praktisch aber die Massen in diese hineinhetzt. Der größte Teil der Massen, die gestern den Reichstag umstanden, hat nicht gewußt, wozu sie mißbraucht werden sollten, sonst wäre wohl mancher daheimgeblieben.

Eins jedenfalls ist sicher: Die Regierung und ihre Organe trifft an dem Blutvergießen auch nicht die mindeste Schuld. Die der Sicherheitspolizei gegebenen Befehle lauteten auf äußerste Zurückhaltung und strengste Vermeidung all dessen, was provozierend wirken konnte. Der Minister Genosse Wolfgang Heine und der Polizeipräsident Genosse Eugen Ernst haben die Innehaltung dieser Instruktion persönlich an den Portalen des Reichstags kontrolliert.

Tatsächlich stimmen denn auch alle Zeugenaussagen überein — und es liegen hier selten zuverlässige Zeugenaussagen vor, da ein großer Teil der Reichstagsabgeordneten persönlich die Vorgänge beobachtet hat —, daß die Sicherheitspolizei mit einer wahren Lammsgeduld sich lange Zeit Beschimpfungen, tätliche Angriffe, Entwaffnung und blutige Verletzung von Kameraden bis zum Aeußersten hat gefallen lassen, ehe sie von der Waffe Gebrauch machte. Zehn Sicherheitsbeamte mußten erst mit schweren Verwundungen vom Platze getragen werden, ehe der Befehl zum Feuern erfolgte. Einige der vielen Zeugen, die sich freiwillig bei uns gemeldet haben, meinen sogar, die Sicherheitswehr habe zu lange Zurückhaltung geübt, denn dadurch seinen die in vorderster Linie stehenden radaulustigen Elemente nur zur immer dreisteren Angriffen ermutigt worden. Das letztere mag zutreffen, aber doch hat diese Zurückhaltung einen großen Nutzen gehabt: sie hat mit unwiderleglicher Deutlichkeit gezeigt, auf welcher Seite die Angreifer zu suchen sind.

Nun werden die Unabhängigen freilich behaupten, die bloße Anwesenheit von Sicherheitspolizei zum Schutze des Reichstags habe die Massen so gereizt, daß sie sich der Gewalttätigkeiten nicht enthalten konnten. Ihre Sprecher im Reichstag haben ja auch mit Unschuldsmiene gefragt, gegen wen der Reichstag denn eigentlich geschützt werden sollte. Und während die Geyer und Henke so mit frommem Augenaufschlag lamentierten, wurden draußen Abgeordnete beschimpft und mißhandelt; darunter Genosse Hugo Heimann, ein Veteran der Berliner Arbeiterbewegung, ein langjähriger Freund Paul Singers und August Bebels, den ein Haufen jugendlicher Schreier von oben bis unten bespuckte, wohl zum Dank dafür, daß er den größten Teil seines Vermögens für Zwecke der Arbeiterbildung hergegeben hat!

Ja, gegen wen war wohl Schutz notwendig? Wortführer der Masse verlangten, daß die Maschinengewehre zurückgezogen würden, dann wollten sie die Postenketten, die lediglich die Eingänge freihielten, unbehelligt lassen. Die Maschinengewehre wurden zurückgezogen, und das nächste war, daß die Menge sich auf die Posten stürzte und sie entwaffnete. Welche Garantie wollen die Geyer und Henke dafür geben, daß diese Massen, die so wenig in der Hand ihrer Führer waren, nicht auch in den Reichstag eingedrungen wären, und die höchste gesetzgebende Körperschaft des Reiches auseinandergesprengt hätten, wenn die Sicherheitswehr nicht im letzten Moment eingegriffen hätte.

Während in den Familien der beklagenswerten Opfer Jammern und Wehklagen herrscht, während man dort wohl die gewissenlosen Anstifter des Putsches verflucht, reiben sich diese die Hände. Das Ziel dunkler Elemente ist erreicht: es ist Blut geflossen und neue Erregung in die Arbeitermassen hineingetragen. Mit ihrer Gewalttaktik haben sie die Regierung gezwungen, von neuem den Belagerungszustand zu verhängen. Auch das war ein wohlberechnetes Ziel. Hat doch die „Rote Fahne" immer wieder geschrieben, der Zustand der vollen demokratischen Freiheit nach Aufhebung des Belagerungszustandes würde nicht lange bestehen bleiben. Die Regierung wollte den Zustand der Freiheit, die Hetzer aber wollten ihn nicht, denn in der Luft der Freiheit gedieh ihre Saat nicht. Gezwungen, aus der unterirdischen Wühlerei ans freie Tageslicht der Oeffentlichkeit zu treten, mußten die Ueberradikalen auch ihre innere Zerrissenheit, ihr theoretisches Meinungschaos offenbaren. Der Zustand der Freiheit widerlegte ihre Hetzereien über die angebliche Entrechtung der Arbeiterschaft. Deshalb strebten sie mit aller Macht zurück in das unterirdische Dunkel, wo sie sich allein wohl fühlen, deshalb zwangen sie mit ihrem gestrigen sinnlosen Putsch der Regierung von neuem den Ausnahmezustand auf.

Schon schwirren in der Arbeiterschaft Gerüchte von neuen Plänen, die Drahtzieher möchten die Erregung benutzen, um den Generalstreik zu proklamieren und so den geeigneten Untergrund für neue unberechenbare Gewaltakte zu schaffen. Es gibt leider immer noch Arbeiter, die glauben, die Solidarität verpflichte sie, auch die sinnlosesten Unternehmungen einer ihnen unbekannten Leitung mitzumachen. Mögen diese Arbeiter lesen, was in der Dienstagnummer der „Freiheit" der bekannte Unabhänge Richard Müller an die Adresse Georg Ledebours antwortet, der ihn öffentlich der Feigheit beschuldigte, weil Richard Müller jede aktive Beteiligung an dem Januarputsch von 1919 abgelehnt hat. Richard Müller schreibt:

> Ledebour weiß aus unserem gemeinsamen Zusammenarbeiten vor der Novemberrevolution, daß ich mein Leben aufs Spiel setzte, wenn es galt, die revolutionäre Entwicklung vorwärtszutreiben, und daß ich nicht wie andere in kritischen Momenten das schützende Dach des Reichstages aufsuchte. Ledebour darf aber nicht glauben, daß ich „meine Haut zu Markte trage", wenn ein politischer — (Müller will wohl sagen „Narr", setzt aber statt des Wortes aus Parteirücksichten einen vielsagenden Gedankenstrich. Red.) aus vollständiger Verkennung der revolutionären Voraussetzungen oder aus Eitelkeit eine „revolutionäre Erhebung" für gegeben erachtet.

Das ist entscheidend. Kein vernünftiger Mensch ist verpflichtet, seine Haut zu Markte zu tragen, um politischer Narren willen, die aus Eitelkeit oder Sensationssucht Dinge unternehmen, deren Folge neues unabsehbares Unheil bedeutet. Gestern ist eine zahlreiche Arbeiterschaft, die zu friedlicher Demonstration gekommen war, von infamen putschistischen Verbrechern auf das schmählichste mißbraucht worden. Sie lasse sich nicht ein zweites Mal mißbrauchen, sie trage nicht ein zweites Mal für diese gewissenlosen Gesellen ihre Haut zu Markte.

* * *

Wie es kam.

Die Blutschuld der unabhängigen Drahtzieher und Hetzer wird hinreichend durch die chronologische Schilderung der Vorfälle an dem blutigen Dienstagnachmittag bewiesen. Diesmal wird es den unabhängigen Lügenblättern trotz aller ihrer berufsmäßigen Gewandtheit in der Verdrehung solcher traurigen Ereignisse unmöglich sein, die Schuld am Blutvergießen der Sicherheitswehr zuzuschreiben. Dutzende von einwandfreien Zeugen bestätigen nämlich übereinstimmend, daß die Schuld ausschließlich auf seiten der durch zahlreiche Reden und Rufe aufgehetzten Menge liegt. Die Sicherheitswehr, die übrigens zahlenmäßig außerordentlich schwach war — etwa 100 bis 150 Mann gegenüber einer Menge von annähernd 30 000 Menschen —, bewies eine geradezu unglaubliche Geduld nicht nur gegenüber den Schmähreden und sonstigen

Provokationen von seiten der Demonstranten, sondern auch gegenüber tätlichen Angriffen schlimmster Art. Sicherheitsbeamte, die sich in die Menge begaben, um diese durch freundliche Worte zu beruhigen, wurden überfallen und von den wildgewordenen Männern, Frauen und nicht zuletzt Jugendlichen

blutig geprügelt.

Diese Vorgänge spielten sich vor den Augen zahlreicher Abgeordneten ab, die sie von den Fenstern sowohl des Restaurants wie auch des Lesesaals des Reichstags beobachten konnten.

Trotzdem wurde von der Waffe durch die Sicherheitswehr noch immer kein Gebrauch gemacht. Dagegen nahm die Menge den blutig mißhandelten Beamten ihre Gewehre ab, die sie geschultert trugen, soweit sie überhaupt welche hatten, und zerschlug diese unter lautem Gejohle. In einer Ecke des Hauses am Portal II konnte man am Abend mehr als zwanzig zerschlagene Gewehre liegen sehen, die man nach der Säuberung des Platzes geborgen hatte.

Aber nicht alle von der Menge erbeuteten Gewehre wurden zerschlagen: die Demonstranten, die durch diese „Erfolge" unternehmungslustiger geworden waren,

versuchten in den Reichstag einzudringen.

Sie schossen zu diesem Zwecke mit den erbeuteten Gewehren auf die Sicherheitsbeamten, die das Große Portal am Königsplatz besetzt hielten. Zwei Geschosse drangen durch das Portal, das die Wandelhalle des Reichstags von der Rampe am Königsplatz trennt. Ihre Spuren sind am Portal deutlich zu sehen. Das eine Geschoß wurde auf dem Teppich der Wandelhalle gefunden.

Die

Einschüsse zeigen unwiderleglich,

daß sie von unten, also aus der Menge kamen. Einer der ersten Schüsse traf übrigens einen Sicherheitsbeamten schwer am Kopfe. Er wurde von Kameraden durch die Wandelhalle des Reichstags weggetragen. Erst dann vernahm man das Maschinengewehrfeuer der numerisch außerordentlich schwachen Reichstagsbesatzung.

Es muß auch betont werden, daß trotz ihrer bedrohten Lage die Wehrmänner, als sie von der Waffe Gebrauch machten, offenbar bestrebt waren, möglichst wenig Opfer zu verursachen: denn bei der Zahl der Kopf an Kopf stehenden Menge hätte ein Maschinengewehrfeuer in Mannshöhe auf die Angreifer nicht ein Dutzend, sondern Hunderte von Toten innerhalb weniger Sekunden gekostet. So haben die Sicherheitsmannschaften, auch in der größten Notwehr, eine Zurückhaltung an den Tag gelegt, für die gerade die Demonstranten alle Veranlassung hätten, sich dankbar zu zeigen.

Ob auch Sicherheitsbeamte, wie vielfach behauptet wird, in die Spree geworfen wurden und ertranken, können wir zurzeit noch nicht feststellen. Aber die obenerwähnten Provokationen des Janhagels, der sich an der unabhängigen Demonstration so zahlreich beteiligt hat, sind durch so viele Zeugen festgestellt worden, daß es ein Deuteln und Rütteln über die Frage, auf wessen Seite die Schuld an den verlorenenen Menschenleben liegt, überhaupt nicht geben kann.

Berichte von Augenzeugen.

Einer unserer Mitarbeiter, der Augenzeuge der blutigen Vorgänge beim Reichstag war, schreibt uns darüber:

Der Aufruf, den die Bezirksleitung der Unabhängigen und der Rote Vollzugsrat am Mittwoch früh in der „Freiheit" veröffentlicht hatten, hatte gegen fünfzigtausend Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Beine gebracht. Vor dem Hauptportal des Reichstagsgebäudes stauten sich die Massen. Sie füllten den Königsplatz bis über die Siegessäule hinaus. Die Demonstration hatte anfangs einen durchaus friedlichen Charakter. An verschiedenen Stellen wurden Reden von gänzlich unbekannten Größen gehalten. Manche sprachen ziemlich ruhig und besonnen, andere hielten wüste Hetzreden gegen die Regierung und die Mehrheitssozialisten.

Die Sicherheitswehr benahm sich durchaus zurückhaltend.

Posten standen an den Eingängen, andere patrouillierten um das Gebäude herum. Die große Freitreppe vor dem nach dem Königsplatz zu gelegenen Hauptportal war durch eine Postenkette gesperrt. Bis in den Fuß der Treppe und auf den Rampen zu beiden Seiten desselben standen die Massen der Demonstranten.

Die Zeit von 1 bis 3 Uhr war unter Reden, Hoch- und Niederrufen verstrichen. Die Massen langweilten sich schließlich. Niemand wußte, welches Ziel die Demonstration eigentlich haben und wie lange sie währen würde. Man sah, daß die Sache

weder organisiert noch geleitet,

sondern die Masse sich selbst überlassen war. Die Organisation der Unabhängigen hatte zur Demonstration zwar aufgerufen, aber es unterlassen, derselben eine autoritative und verantwortliche Leitung zu geben. So kam, was vorauszusehen war. **In der sich selbst überlassenen Masse drängten sich die undisziplinierten radaulustigen Elemente in den Vordergrund.** Das war in diesem Falle die große Freitreppe. Man hänselte die Sicherheitsbeamten, doch diese verhielten sich demgegenüber passiv. Die Zurückhaltung der Beamten machte den zu „Taten" aufgelegten Leuten Mut. „Ach, die schießen ja nich." „Die paar Mann können wir doch übern Haufen rennen." So und ähnlich beurteilte man die Situation. Schließlich gegen ½4 Uhr

stürmte die Menge die Freitreppe,

entwaffnete die Sicherheitssoldaten, zerschlug ihre Gewehre und drängte die Mannschaften bis an die Eingangstüren am oberen Ende der Treppe. Kurz nach ½4 ging oben auf der Treppe ein Schuß los. Er schlug oben an der Bekleidung des Portalvorbaues ein, was durch herabfallende Steinsplitter und Staub erkennbar war. Bald darauf fielen an derselben Stelle noch mehrere Schüsse, deren Einschläge nicht sichtbar waren. Später wurde uns von Leuten, die es gesehen haben wollen, mitgeteilt, alle diese vor dem Portal gefallenen Schüsse rührten von unvorsichtigem Umgehen der Demonstranten mit den erbeuteten Waffen her. Nachdem die Schüsse gefallen waren, blieb es noch etwa zehn Minuten ruhig. Dann hörte man plötzlich von der nach der Simsonstraße gerichteten Seite des Reichstagsgebäudes her

lebhaftes Maschinengewehrfeuer,

welches mehrere Minuten anhielt. In wildem Durcheinander stob die Menge über den Königsplatz nach dem Tiergarten zu. Viele warfen sich auf den schmutzigen Erdboden, um sich vor den Kugeln zu sichern, andere wurden im Gedränge niedergestoßen. In wilder Angst strömten die Nachfolgenden über die am Boden liegenden hinweg. **In wenigen Minuten war der Königsplatz vollständig leer.** Später erzählten uns Augenzeugen, die auf der großen Freitreppe gestanden hatten, die Leute, welche dort zuerst gegen die Sicherheitswehr gewalttätig vorgegangen waren, seien die ersten gewesen, die beim Einsetzen des Maschinengewehrfeuers Reißaus nahmen, obgleich sie unter der Säulenhalle des Portalvorbaues vollkommen gedeckt gewesen seien.

•

Eine Arbeiterin, die gleichfalls an der Demonstration teilnahm, gibt uns folgende Schilderung:

Wir standen auf dem Königsplatz, ganz vorn an der Rampe des Reichstagsgebäudes. Der weite Platz war frei von Militär. Nur auf den obersten vier Stufen stand die grüne Sicherheitswehr. Reden wurden auf dem Königsplatz nicht gehalten. Wir standen stundenlang da, es wurde gegen die Sicherheitswehr geschimpft und

plötzlich sprangen aus der Menge, die immer näher an die Soldaten herangerückt war, einige Leute vor, entrissen den Soldaten die Gewehre, schnallten ihnen die Handgranaten ab, nahmen ihnen die Mützen weg und zertraten sie. Die Leute rissen auch ein Maschinengewehr an sich, das unter gewaltigem Geschrei unten auf dem Königsplatz zerschlagen wurde. Ich selbst bin Zeugin, daß der Leutnant der Sicherheitswehr seine Beamten davon abhielt, nach dem Angriff zu schießen, und so geschah es, daß nach und nach fast alle entwaffnet wurden.

Plötzlich ging aus einem der eroberten Gewehre ein Schuß in die Wölbung des Reichstagsportals und es wurden

gegen das Portal mehrere Handgranaten geworfen,

durch deren Explosion eine große Anzahl Menschen in meiner nächsten Nähe schwer verwundet wurden. Vielleicht hat es auch dabei schon Tote gegeben. Es wurde dann gegen das Portal gedonnert; **offenbar wollten die Leute in den Reichstag hinein.** Nunmehr zog eine Abteilung Regierungstruppen, wohl aus dem Reichstage heraus, die Moltkestraße hinunter und eröffnete aus Maschinengewehren Feuer gegen die den Platz erfüllende Menge. Es gab sofort Tote und Verwundete. Die Menge wich etwas zurück und alles warf sich zu Boden. Man hörte aber auch gleich Rufe, nicht zu weichen, sondern dazubleiben. Als nicht mehr geschossen wurde, erhob sich die Menge wieder und rückte wieder nach vorn. Darauf wurde wieder geschossen, und das wiederholte sich oftmals. Ich habe nichts davon bemerkt, hätte es aber sehen müssen, daß von der Siegessäule aus geschossen wurde. Auf dem Postament der Siegessäule standen Kinder und Frauen, die sich retten wollten.

Gegen 4 Uhr wollte ich nach Hause. Aus einer Elektrischen, die am Brandenburger Tor langsam fahren mußte, stieg ein Offizier aus. Menschen umringten ihn, schlugen auf ihn ein, nahmen ihm das Koppel und die Mütze weg und traten ihn in den Schmutz. Verschiedene Wagen und Autos mit Offizieren wurden angehalten und die Insassen ebenso behandelt. In der Budapester Straße griff ein junger Mensch einen Offizier an; dieser ließ den Angreifer einfach von seinen Soldaten in die Mitte nehmen und mit fortführen. Das geschah in ruhigster Form.

•

Wie lange die Sicherheitswehr sich Mißhandlungen und Anrempelungen gefallen ließ, beweist auch folgende Zeugenaussage eines im Reichstage anwesenden Journalisten:

Ich sah, wie ein Sicherheitswehrsoldat **blutüberströmt mit mehreren Stichwunden im Kopf** hereinstürzte und auf der Treppe zusammenbrach. Der Mann war unbewaffnet und rief: „Wir haben keine Waffen, die draußen haben welche!" **Erst volle zehn** Minuten später fiel die Salve.

In der Menge befanden sich Individuen, die auf das wüsteste zum **Vorgehen gegen den Reichstag** aufreizten. Es waren auch Gestalten zu sehen, die sich höhnisch auf die Gesäßtaschen klopften und riefen:

„Heute haben wir Waffen!"

Unter denen, welche die Menge aufhetzten, befand sich auch der unabhängige Abgeordnete Zubeil. Er verließ den Reichstag in Begleitung einer unerkannt gebliebenen Dame durch Portal II, mischte sich unter die Menge und hielt aufreizende Reden, wobei er **mit den Armen gegen den Reichstag wies.** Als der Offizier am Portal II die Menge zum Auseinandergehen aufforderte, trat ihm Zubeil in heftigster Weise entgegen.

In den Reichstag ist hineingeschossen worden. Zwei Kugeln sind von außen in die Wände eingeschlagen. Wahrscheinlich stammen die Schüsse aus Gewehren, die den Demonstranten abgenommen wurden.

Unter den im Reichstag eingelieferten Verwundeten befindet sich auch ein Arbeiter J. aus Reinickendorf-Ost (die näheren Personalien teilen wir hier aus naheliegenden Gründen nicht mit, wir besitzen aber vollen Namen und Adresse des Verwundeten. Red.). Er hat eine klaffende Kopfwunde und sagt aus, daß er auf dem Wege von der Arbeit von den Demonstranten schwer mißhandelt wurde, **weil er gearbeitet hatte.**

•

Ein Mitarbeiter, der die ganzen Vorgänge miterlebt hat, meldet:

Obwohl die Sitzung der Nationalversammlung schon um 3 Uhr begann, gelang es mir erst gegen ½4 Uhr, bis zum Reichstag vorzudringen. Es schien bis dahin alles ruhig. Ich begab mich in den Speisesaal, von dem aus man den Platz vor der Siegessäule fast ganz übersehen kann. Absperrungsmaßregeln waren nicht zu bemerken, die Masse rückte gegen die Rampe vor, Fäuste wurden drohend erhoben.

Nach einigen Minuten nahmen einige Sicherheitspolizisten Gewehr bei Fuß an der Rampe Aufstellung. Sofort drängten sich junge Burschen, die keineswegs den Eindruck von wirklichen Arbeitern machten, vor und im Nu waren die Polizisten entwaffnet. Ihre Gewehre wurden an der Rampe zerschlagen, sie selbst in die Menge hineingerissen und mißhandelt. **Die Sicherheitspolizisten hatten nicht das mindeste getan, was die Massen zu erregen imstande war.** Ein Mann sprang auf die Rampe und

zielte mit dem Revolver in das Fenster,

an dem ich mit zahlreichen anderen Augenzeugen stand, ließ aber die Waffe wieder sinken. Zugleich sah man ein Maschinengewehr über den Köpfen, ein Polizist umklammerte es, er wurde aber mit diesem in die Menge hineingerissen.

Im nächsten Augenblick hörte man Schüsse, die aus der Richtung der Simsonstraße kamen, und nun wendete sich die Masse zu wilder Flucht. Ein Teil von ihr mag die Dinge, die sich an der Rampe abspielten, nicht gesehen haben und hatte infolgedessen keine Erklärung für das Vorgehen der Sicherheitspolizei. Man sah Menschen fallen, ohne unterscheiden zu können, ob sie sich hinwarfen oder ob sie getroffen waren — vermutlich waren die Getroffenen unschuldige Opfer der unsauberen Elemente, die sich der Bewegung bemächtigt hatten. Gegen vier Uhr lagen zwölf Verwundete im Portal II des Reichstagsgebäudes, und im Hof vor dem Portal III zwei Tote.

In dem Abschnitt, den ich zu beobachten Gelegenheit hatte, hat auch nicht ein Polizist durch grobes oder gewalttätiges Vorgehen die Massen herausgefordert. Eher könnte man gegen die Mannschaften den Vorwurf erheben, daß sie es bis zu ihrer Entwaffnung kommen ließen. Vermutlich folgten sie aber, indem sie so großen Langmut bewiesen, dem ihnen erteilten Befehl.

•

Herr Dr. Trier, Sekretär des zweiten Unterausschusses des Untersuchungsausschusses, sagt folgendes aus:

1. Gegen 3.30 Uhr kam ich vom Brandenburger Tor zum Portal des Reichstags. Wie ich das Gebäude betreten wollte, kamen von der Richtung Königsplatz

mehrere blutüberströmte Beamte

der Sicherheitswehr. Die Leute hatten offenbar Verletzungen an Gesicht und Kopf; Art der Verletzung, ob Stich, Stoß oder Schuß, konnte ich nicht feststellen. Ein Stabsoffizier der Sicherheitswehr, der offenbar die Mannschaften am Portal 2 befehligte, bestimmte eine Anzahl Mannschaften zur Verstärkung und gab mehrfach bestimmte Anweisung, **unter keinen Umständen zu schießen.** Ich kenne den Stabsoffizier nicht, er trug aber den Pour le mérite.

2. Ich betrat dann den Reichstag, kam durch die Wandelhalle, wo angeblich vor wenigen Minuten zwei Schüsse durch die Tür gegenüber des Kaiser-Wilhelm-Denkmals eingedrungen waren. Die Schußöffnungen habe ich gesehen, sowie die noch am Boden liegenden Splitter.

3. Von dem Lesesaal des Reichstags aus konnte man den Königsplatz im ganzen Umfange übersehen. Er war angefüllt mit Menschen, die fortdauernd lärmten. **Zwei Sicherheitssoldaten wurden von der Rampe heruntergezogen und von der Menge weggeschleppt, einer in das Wasserbassin beim Bismarck-Denkmal gestoßen.** Verschiedene Zivilisten hatten Waffen offenbar den Sicherheitssoldaten abgenommen, Gewehre oder Karabiner, denn die Tragriemen waren deutlich zu unterscheiden. Die Demonstranten machten fortgesetzt Versuche,

die Sicherheitsmannschaften zu entwaffnen

und sie über die Rampe zu ziehen. Innerhalb der Demonstranten bestand eine Verbindung durch Leute, die mit Taschentüchern winkten. Einer dieser Leute war z. B. an einem Laternenpfahl hinaufgeklettert.

4. Erst nach diesen Vorfällen hörte ich einige Maschinengewehrschüsse fallen, worauf sich die Menge etwa bis zur Höhe des Bismarck-Denkmals zurückzog.

•

Ein Mitarbeiter der V.-S.-Korrespondenz, der die ganzen Vorgänge miterlebt hat, meldet uns:

An sämtlichen Eingängen standen Beamte der grünen und blauen Polizei, am Portal an der Sommerstraße und an der Rampe sah man Maschinengewehre, während im Inneren des Reichstagshauses Flammenwerfer bereitgestellt waren. **Polizeipräsident Ernst und Minister des Innern Heine begaben sich nicht in den Sitzungssaal, sondern hielten sich meistenteils an den Portalen auf, da der Regierung zuverlässige Mitteilungen gemacht worden waren, daß bestimmte revolutionäre Gruppen, entgegen dem Willen der Leitung, unter allen Umständen versuchen würden, die Kundgebung zu stören und**

tätlich gegen die Beamten vorgehen

werde.

Kurz vor ½4 Uhr erschien eine Abteilung der Sicherheitswehr am Fuß der Freitreppe des Reichstages und versuchte, im Gänsemarsch, die Freitreppe zu besetzen, um sie von den Demonstranten zu säubern. Die Truppen waren bewaffnet und hatten Maschinengewehre und Munition bei sich. Sie wurden von der Menge umringt und, je nach Temperament, mehr oder minder arg beschimpft. Immer mehr wurden die Soldaten, ungefähr 30 an Zahl, von den tobenden Menschen bedroht. Ein Teil der Truppe wurde von den Kameraden getrennt und mußte unverrichteter Sache umkehren. Die anderen Soldaten aber waren hilflos der Wut der Menge preisgegeben. Im Nu wurden sie umringt, und zwar derart, daß sie sich kaum bewegen konnten, geschweige denn von ihrer Waffe Gebrauch machen konnten. Den Soldaten wurden buchstäblich teilweise die Kleider vom Leibe gerissen. Die Waffen wurden ihnen entrissen und nun hagelte es Schläge auf die Soldaten, von denen einige sehr stark blutende Wunden davontrugen. Inzwischen hatten die auf der obersten Stufe der Freitreppe stehenden Demonstranten die den Soldaten genommenen Waffen schußfertig auf die fliehenden Sicherheitssoldaten gerichtet, die im Laufschritt durch die Simsonstraße durch das Portal III in den Reichstag zu flüchten versuchten. In diesem Augenblick fielen einige Schüsse, die über die Köpfe der Menge hinwegpfiffen. Sie waren von den jetzt bewaffneten Demonstranten abgegeben worden. Im nächsten Augenblick trafen die fliehenden Beamten der Sicherheitspolizei vor dem Portal III des Reichstages ein. Viele waren in beklagenswertem Zustand und mußten von ihren Kameraden in das Innere des Gebäudes getragen werden. Nunmehr wurde die Reichstagswache alarmiert. Auf den Befehl eines Vorgesetzten mußten alle verfügbaren Mannschaften mit allen zu Gebote stehenden Maschinengewehren, Flammenwerfern usw. ausrücken und gleichzeitig wurde **die Absperrung der Seitenstraßen des Reichstages in verschärftem Maße vorgenommen. Im nächsten Augenblick erfolgte**

der blutige Zusammenstoß.

Die Maschinengewehre spielten, Handgranaten explodierten und dazwischen ertönte das Knallen der Infanteriegewehre. So ging es etwa 5 Minuten lang, und mit kurzen Pausen mußte diese traurige Musik immer wieder wiederholt werden. Die „mutigen" Agitatoren waren verschwunden und überließen die verhetzten Massen ihrem Schicksal.

Im Innern des Reichstages

hatte man in aller Eile ein fliegendes Lazarett aufgemacht, in dem man die Verwundeten notdürftig verband. Arm- und Beinschüsse wurden kunstgerecht geschient, und man ging nun daran, Fuhrwerke zu requirieren, um die Verletzten fortzuschaffen. Besonders die großen Autobusse der Linie Halensee—Unter den Linden wurden angehalten, und so gingen die Transporte in die in der Nähe gelegenen Krankenhäuser, besonders in die Charité, ab. Eine Uebersicht über die Zahl der Verwundeten ist einstweilen noch nicht möglich, weil die Demonstranten bemüht waren, alle nur irgend transportfähigen Verwundeten nicht in die Hände der Sicherheitspolizei fallen zu lassen.

•

Bemerkenswert ist übrigens die Feststellung, daß sich selbst unter den Demonstranten starker Widerstand gegen die unverantwortlichen Elemente geltend gemacht hat, welche durch Hetzreden und Provokationen und durch die

Aufforderung zum Sturm des Reichstages

die blutigen Auftritte verschuldet haben. Es kam an verschiedenen Stellen deswegen zu Schlägereien. Einer der Hetzer wurde durch einen Messerstich verletzt.

•

Alle bisher vom Minister Heine vernommenen Zeugen haben übereinstimmend ausgesagt, daß die Sicherheitswehr sich bis zum Aeußersten provozieren ließ, ehe von der Waffe Gebrauch gemacht wurde.

Die Zahl der Opfer.

22 Tote, 2 Vermißte und 50 Verwundete.

Bei Schluß des Blattes wurden als tot gemeldet:

1. Gustav Maaß, Heidenfeldstr. 4 (Herzschuß),
2. Bruno Ewald, Hohenschönhausen, Oranienstr. 23 (Kopfschuß),
3. Hans Burgel, Neukölln, Zietenstr. 61,
4. Artur Henke, Fürstenberger Str. 12,
5. Walter Wohlleben, Mirbachstr. 28 b. I,
6. Otto Heinig, Katzlerstr. 15 (Kopfschuß),
7. Reinhold Höpfner, Polizeirevier 49 (Halsschuß),
8. Rosenfeld, Straßenbahner, (Kopfschuß),
9. Oberfeuerwerker Richard Krause, Charlottenburg (Kopfschuß),
10. W. Uckermann, Einrichter, Neukölln, Knesebeckstr. 64.

Leider scheint damit die Zahl der Toten noch nicht erschöpft zu sein. Eine Lokalkorrespondenz meldet in später Stunde:

In das Leichenschauhaus in der Hannoverschen Straße wurden allein 10 Tote, darunter 4 Frauen eingeliefert. Von den ungefähr 60 Verwundeten, die in die Klinik in der Ziegelstraße gebracht worden sind, sind bereits 10 ihren schweren Verletzungen erlegen. Unter den hier Eingelieferten, fast durchweg Männer, befinden sich auch vier Sicherheitssoldaten. Sehr stark mit Verwundeten belegt ist auch die Charité. Die genaue Zahl steht noch nicht fest, da diese auf die verschiedenen Abteilungen verteilt worden sind. Die Aerzte mußten in vielen Fällen sofort zu Operationen schreiten, da ein großer Teil ziemlich schwer verwundet worden ist. **Viele haben Kopf-, Brust- und Bauchschüsse, andere sind mit weniger schweren Beinverletzungen davongekommen. Da** bei

Die Unabhängigen sabotieren das Parlament.

Deutsche Nationalversammlung.

135. Sitzung. Dienstag, den 13. Januar 1920, nachmittags 3,15 Uhr.

Am Regierungstisch: Schlicke, Erzberger, Koch, David und Bell.

Präsident **Fehrenbach** widmet dem am 26. Dezember 1919 verstorbenen Abg. Bärwald (Dem.) einen Nachruf, den die Abgeordneten stehend anhören. — Abg. Winnig (Soz.) hat sein Mandat niedergelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. **Geyer**-Leipzig (U. Soz.) zur Geschäftsordnung: Das Haus wird von bewaffneter Macht mit Maschinengewehren besetzt. Die Besetzung kann nur mit Zustimmung des Präsidenten erfolgt sein. Es ist des Parlaments unwürdig, unter solchen Maßnahmen zu tagen. (Lachen rechts.) Diese Maßnahmen sind der Ausfluß einer neuen Militärherrschaft (Lachen rechts), die erfüllt ist von dem Geiste des alten Militarismus. (Unruhe und Lachen rechts.) Sie sind ein Hohn auf die angeblich freiheitlichste Verfassung der Welt. (Erneutes Lachen rechts.) Wir protestieren gegen diese Gewaltmaßnahmen und fordern sofortige Entfernung des Militärs aus dem Hause. (Beifall bei den U. Soz., Lachen rechts.)

Präsident **Fehrenbach**: Bei meiner Ankunft heute vormittag ist mir vom Bureaudirektor mitgeteilt worden, daß die Regierung gewisse Polizei- und Sicherheitsmaßregeln für den heutigen Tag als angezeigt erachtet hat. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Ich hatte weder das Recht noch eine Veranlassung, in die von der Regierung getroffenen polizeilichen Sicherheitsmaßregeln einzugreifen. (Rufe bei den U. Soz.: Oh, doch!) Die Gewährleistung der

Sicherheit auch der Abgeordneten

ist Sache der Regierung, und in diese Maßnahmen einzugreifen, wird jedem Präsidenten eines Parlaments fernliegen.

Abg. **Henke** (U. Soz.): Es ist ein Hohn auf das Haus und seine Inschrift: „Dem deutschen Volke", wenn mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten das Haus schützen. Wogegen soll denn das Haus geschützt werden? (Rufe rechts: Gegen Sie!) Unsere Verhandlungen werden nicht im geringsten gefährdet, wenn draußen das Volk demonstriert.

Präsident **Fehrenbach**: Mir hätte es nicht an Mut gefehlt, auch ohne diese Maßnahmen zu tagen. Wenn aber die Regierung nach den ihr bekannten Vorbereitungen gewisse Sicherheitsvorkehrungen für notwendig hält, so habe ich keine Veranlassung und kein Recht, ihr in den Arm zu fallen.

Abg. **Geyer**-Leipzig (U. Soz.): Wir hätten gewünscht, der Präsident hätte selbst gegen die Polizeimaßnahmen protestiert und die Würde des Hauses so gewahrt, wie sie am besten zu wahren ist. (Beifall bei den U. Soz.)

Zur

zweiten Beratung des Betriebsrätegesetzes

berichtet unter großer Unruhe

Abg. **Schneider**-Sachsen (Dem.) über die Ausschußverhandlungen. Plötzlich stürzt gegen 3¾ Uhr eine Gruppe Unabhängiger in den Sitzungssaal, voran Frau Zietz und Henke. Sie rufen in größter Erregung:

Draußen wird geschossen!

(Im Hause und auf den Tribünen entsteht ein ungeheurer Tumult. Zahlreiche Abgeordneten machen dem Präsidenten Fehrenbach erregte Zurufe. Unabhängige und Mehrheitssozialisten reden erregt aufeinander ein. Der Präsident versucht wiederholt vergeblich, dem Berichterstatter das Wort wieder zu verschaffen und bricht schließlich die Sitzung ab. Tumult im Saale. Von der Journalistentribüne aus versucht ein Jugendlicher in Feldgrau eine Ansprache zu halten. Er beginnt mit lauter Stimme: „Meine Herren! Es ist mit Gewehrkugeln geschossen worden!" Die Abgeordneten wenden sich nach der Tribüne, der Redner spricht aber nicht weiter, da ihm begreiflich gemacht wird, daß er sich mit der Hausordnung in Widerspruch setzt. Aufforderungen des Dieners, die Journalistentribüne zu verlassen, folgt der junge Mann jedoch nicht.

Um 4 Uhr 15 eröffnet Präsident Fehrenbach die Sitzung aufs neue: Zu unserem schmerzlichen Bedauern muß ich feststellen, daß Verwundungen vorgekommen sind, darunter, wie ich höre, auch solche mit tödlichem Ausgange. (Zurufe von Frau Zietz.) Wir sind gegenwärtig

nicht in der Lage, die Schuldfrage festzustellen,

ohne ausreichende Unterlagen. Ueber die Opfer (das Haus hat sich erhoben) drücke ich meine herzliche Teilnahme und mein Bedauern aus. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt kommt alles darauf an, dem Reiche und dem Auslande gegenüber die volle Ruhe zu bewahren. Es wird den stärksten Eindruck machen, wenn wir jetzt ruhig in unserer Beratung fortfahren. (Lebhaft. Widerspruch bei den U. Soz.) Wir bringen den Verwundeten unser tiefstes Bedauern entgegen. (Zuruf der Frau Zietz: Na also!) Die Schuldfrage können wir aber jetzt unmöglich erörtern. Es muß jedoch den stärksten Eindruck machen, wenn wir jetzt als entschlossene Parlamentarier trotz des bedauerlichen Vorfalles unserer herben Pflicht folgen und weiter tagen. Die in der Minderheit bleibenden Abgeordneten bitte ich gegebenenfalls, sich in würdiger Weise einem etwaigen Mehrheitsbeschlusse zu fügen. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. **Henke** (U. Soz.): Im Namen meiner Freunde beantrage ich Vertagung.

Wir müssen der ruhigen Vernunft folgen.

(Gelächter.) Es würde auch auf das Ausland den besten Eindruck machen, wenn wir den Gepflogenheiten der Demokratie entsprechend, uns nicht im Widerspruch zu dem Volksgefühl setzen, und uns vor den Opfern da draußen beugen. Es geht nicht, daß diese Sache zur Prestigefrage der Nationalversammlung gemacht wird. Es kann keine größere Aufreizung des Volkes geben, als den Vorfall da draußen. Sie würde verstärkt, wenn die Nationalversammlung ihre Tagesordnung für wichtiger hält, als die Vorgänge außerhalb des Hauses. Gegen die Fortsetzung der Tagung halten wir jeden Widerstand für nötig. (Große Unruhe.) Brechen Sie deshalb die Verhandlungen ab. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Präsident **Fehrenbach**: Die Prestigefrage scheidet aus. Die Minderheit muß sich der Entscheidung der Mehrheit fügen. Das gehört zum Wesen der Demokratie. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. **Geyer**-Leipzig (U. Soz.): Ich fühle mich außerstande, heute der Verhandlung ruhig zu folgen, wo die Opfer der Unruhen tot oder sterbend im Hause liegen. (Zurufe: Wer trägt die Schuld?) Draußen wird das Weitertagen den Eindruck von Gemütsroheit machen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wer es fertig bringt, jetzt weiter zu tagen, während Tote und Verwundete im Hause liegen, dem fehlt die Tiefe des menschlichen Gefühls. Wir werden tun, was zur Verhinderung der Verhandlungen nötig ist.

Präsident **Fehrenbach**: Der Vertagungsantrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Abg. **Henke** (U. Soz.): Jetzt kommt es nicht auf die Grundsätze der Demokratie, sondern auf die Grundsätze der Menschlichkeit an. (Zurufe: Das sieht Ihnen ähnlich!) Aus Gründen der Menschlichkeit ersuche ich um Annahme unseres Vertagungsantrages.

Präsident **Fehrenbach** stellt die Unterstützungsfrage: Für den Antrag auf Vertagung erheben sich nur die Unabhängigen. Die Unterstützung reicht nicht aus. (Rufe auf den Tribünen: Pfui! Roheit! Lärmende Auseinandersetzungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen.)

Berichterstatter Abg. **Schneider**-Sachsen (Dem.) nimmt das Wort zur Fortsetzung des Berichts über die Ausschußberatungen. Sämtliche unabhängigen Abgeordneten erheben sich und rufen: „Roheit! Pfui! Schluß!" Der Redner kann sich in dem Lärm nicht verständlich machen. Von den Mehrheitsparteien kommen Gegenrufe.

Präsident **Fehrenbach**: Ich ersuche die Mehrheit um Ruhe und hoffe, daß auch die Minderheit angesichts ihrer unbedeutenden Zahl die Verhandlungen nicht mehr stören wird.

Abg. **Schneider** setzt die Berichterstattung fort. Die unabhängigen Abgeordneten machen andauernden Lärm. Die Stenographen nehmen neben dem Berichterstatter Platz. Abg. Schneider diktiert ihnen seine Rede, die im allgemeinen Lärm völlig verloren geht. Abg. **Düwell** (U. Soz.) schlägt andauernd mit seiner Mappe auf den Tisch. Präsident Fehrenbach erteilt den Abgg. Dr. Geyer-Sachsen (U. Soz.), Düwell (U. Soz.) und Laukant (U. Soz.) Ordnungsrufe. Der Lärm der Unabhängigen dauert an.

Präsident **Fehrenbach** ruft schließlich mit größtem Stimmenaufwand: Eine Frage richte ich an die Schlußrufer!

Entspricht Ihr Benehmen der Achtung vor den Toten?

(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Die Unabhängigen fahren mit ihren Schlußrufen fort.

Präsident **Fehrenbach**: Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann nach der Geschäftsordnung § 60 der Ausschluß von den Sitzungen durch den Präsidenten erfolgen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit! Chorufe bei den Unabhängigen. Protestrufe von den Tribünen. Die Schlußrufe werden fortgesetzt. — Präsident Fehrenbach ruft die Abgg. Dr. Geyer-Sachsen, Düwell und Laukant zur Ordnung und fordert sie gleichzeitig auf, den **Saal zu verlassen.** Die genannten Abgeordneten entsprechen der Aufforderung **nicht**; die Schlußrufe der Unabhängigen verstärken sich.

Präsident **Fehrenbach** erklärt um 4½ Uhr: Ich unterbreche die Sitzung wegen fortgesetzter Störung auf eine Viertelstunde. Den wiederholt zur Ordnung gerufenen Abgeordneten Laukant, Düwell und Dr. Geyer-Sachsen **untersage** ich, an der nächsten Sitzung teilzunehmen.

Unter **Anwesenheit** der drei ausgeschlossenen Abgeordneten eröffnet Präsident Fehrenbach erneut die Sitzung um 5 Uhr 5 Minuten und führt aus: Bei meiner ersten Darlegung der bedauerlichen Vorgänge habe ich von Verwundungen vielleicht sogar tödlichen Verwundungen gesprochen. Inzwischen ist die Zahl der Opfer festgestellt worden. Ich habe dem Hause die höchst betrübende Tatsache mitzuteilen, daß wir mit

10 Todesfällen

zu rechnen haben. (Lebhafte Bewegung. — Vereinzelte Pfuirufe auf den Tribünen.) Der Umstand, daß auch Tote hier in unserem Hause liegen, verändert die Sachlage von vorhin und macht es uns allerdings unmöglich, die Sitzung fortzuführen. Ganz abgesehen von der Schuldfrage spreche ich den Opfern und ihren Angehörigen das **tiefste Bedauern** und das tiefste Mitgefühl der Nationalversammlung aus. Die nächste Sitzung beraume ich auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags, mit derselben Tagesordnung an.

Schluß 5¼ Uhr.

Sturm im Berliner Rathaus.

Nach all dem wüsten Gelärm, das wir in den letzten Monaten so oft auf der Tribüne der Berliner Stadtverordnetenversammlung erlebten, kam es gestern unten im Saale zu einem **unerhörten Skandal.** Aus Anlaß des Blutvergießens, mit dem die von den Unabhängigen und von den Kommunisten veranstaltete Demonstration vor dem Reichstagsgebäude geendet hatte, beantragten in der Stadtverordnetenversammlung die Unabhängigen bei Beginn der Sitzung, sofort zu vertagen. Es wäre vielleicht besser gewesen, diesem Antrag stattzugeben, da die Unabhängigen, die sich in großer Erregung befanden, immerhin ein Drittel der Versammlung bilden. Weil aber wichtige und dringliche Sachen, darunter die endliche Beschlußfassung über die den Unbemittelten und Erwerbslosen nachträglich zu zahlende Weihnachtsspende, auf der Tagesordnung standen, wurde der Vertagungsantrag abgelehnt. Darauf brachen die Unabhängigen in eine stürmische Entrüstungskundgebung aus und erhoben sich, um den Saal zu verlassen. Den Vorsitz führte zu dieser Zeit Dr. Weyl, der Unabhängige unter den beiden „gleichberechtigten Vorstehern", während der andere Vorsteher, Genosse Heimann, noch nicht anwesend war. **Dr. Weyl erhob sich gleichfalls, erklärte die Sitzung für geschlossen und verließ mit seiner Fraktion den Saal.** Sofort begab sich der bisherige, noch nicht durch einen Nachfolger ersetzte Vorsteherstellvertreter Wege auf das Podium, erklärte die Sitzug für wiedereröffnet und wollte an die Erledigung der Geschäfte gehen. Dem widersprachen die jetzt im Saal zurückbleibenden Unabhängigen Dr. Rosenfeld und Ad. Hoffmann, und es begann dann eine endlose Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Sitzung tatsächlich „geschlossen" war oder nicht und ob sie „wiedereröffnet" werden konnte oder nicht.

Hätte Dr. Weyl in einer beliebigen Arbeiterversammlung so den Diktator gespielt und entgegen dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit vor Erledi-

---

Die Märchen des Steinklopferhanns.

9] Von Ludwig Anzengruber.

Ich schau', da kommen s' daher in ein' langen Zug, Arbeitsleut' aller Art, alle verkrüppelt, bresthaft oder vorzeitig alt und ausgemergelt durch 'n strengen Erwerb, durch die ung'sunde Hantierung, durch Trübsal um ihre alten Täg' — und wie ich so in der Rund' schau', seh' ich die anderen, die noch geschaffen haben, sich hinunterrackern wie die Viecher mit der schweren Arbeit, sich 's Blut vergiften mit Staub, und so Farb', und andere Patzerei'n und wieder völlig z'sammschrumpfen auf ein' Fleck, von dem s' die Sorg' ums Brot nit weglaßt, nit a wengerl in die frei' Luft, kaum im Jahr amal! Wie ich so das Elend da vor meiner sieh, schlag' ich die Händ' z'samm' und sag: Himmlischer Vater! Du triffst doch amal die rechte Mischung zwischen Herzleid und Herzensfreud', daß 'm Menschen nit z' gut und nicht z' übel wird auf der Welt und er 's Leben aushalten kann, denn Uebermaß von ein'm oder 'm andern tut niemal a gut! Wie magst denn a so viel Mühsal auf ein' Fleck z'samm'trag'n?!

Sagt die Maschin': Stropazier dich nit, möcht' der Herr allen Fragern z' G'hör sein, verbrauchert er sein' ganze Ewigkeit zum Antworten. Derweil wir da reden, geht die Welt wieder ihr Ruckerl weiter. Schau lieber, wie's einmal sein wird.

Ich schau' wieder. Is die ganze Welt wie verändert g'wesen, alles, was man denken und sinnen kann, daß nur möglich ist, es rührt der Mensch nit selber mit seine Händ' dran, das haben Maschinen geschaffen, und an den Maschinen sind sie g'standen die neuchen Leut', unverkrüppelt, unverkümmert, schön groß, stark, und hat ihnen die Gesundheit und die G'scheitheit aus dö Augen g'leucht', ist jeder wie ein König an der Maschin' g'standen, die er gemeistert hat bis aufs letzte Radl.

Und über die Welt war ein großer Arbeitstag mit lauter saubre lustige Arbeitsleut'!

Und wie ich das sieh' da hab' ich mich in die Höh' g'streckt und hab' g'juchzt: Juchhe! Hitzt is 's Brotkörbl nieder, und das sein meine Leut', dö halten doch ein' Puff aus, und so stehn s' mir an!

Und wie ich so schrei', verschwand't dös ganze G'sicht, d'Maschin packt mich wieder auf und setzt mich nachert ab, no ös kennt's ja dös Platzl, enter der Rieslermühl' inmitten vom Hohlweg; und wie's mich da los is, sagt's: Servus!

Ich sag': B'hüt dich Gott und halt halt a fein Wort, Maschin'!

Und fort war s'!

Na, also, dös war zu Walpurgi vorig's Jahr, und sider der Zeit mag ich kein' Maschin' schief anschau'n, 's tut mir völlig schon um a Lichtschneuzen leid, wann s' a kleiner Bub' verbricht. No, wo is denn der Lehnerferdl hin'kommen, schau, ich hätt' grad g'meint, der wird' mich gern Lugen strafen mögen! B'hüt Gott miteinander, hitzt muß ich wieder d'nauf nach mein' Steinbruch!

III.

Es war ein abscheuliches Verbrechen, das da draußen, eine Stunde Weges vom Orte, in der einsamen Mühle geschah. Der alte Müller, der darauf saß, war vor Jahren verwitibt und hatte eine junge Magd in Dienst genommen, die ihm sehr gefiel; als er nun merkte, sie werde in Gutem ihm nicht zu Willen sein, so brauchte er Gewalt. Es hätte ihm übel bekommen können, wäre die Dirne damals in die Gerichte gegangen, aber was getraut sich so ein armes Geschöpf? Sie demütigte sich vor dem Alten, beschwor ihn um Jesu willen, sie nicht in der Schande zu lassen; das war es, was er haben wollte, er machte sie zu seiner Müllerin, die Leute fanden das für ganz ausnehmend brav gehandelt und lebten und rühmten ihn, — aber es bekam ihm übler!

Wie sich ein Ding anläßt, so wächst sichs auch aus, was mit Schande, Angst und Heimtücke begann, konnte nicht mit Ehr', Frieb' und Offenheit enden. Es kam da ein junger Knecht auf die Mühle, und den mochte die Müllerin leiden. Um ihre Jugend war sie betrogen worden, aber das junge Blut behielt' sein Recht. Wohl wußten beide, es war nicht recht, was sie da im geheimen spannen, sie wußten es, gleich wie es anhob, die Müllerin wußte es, als sie dem Burschen zulächelte, und der Bursche wußte es, als er verlegen das Lächeln zurückgab, aber das sah sie doch ganz unschu'dig an und man konnte sich so hüten, aber so blieb es bei jedem Schritte, mit dem sie sich mehr und mehr näherrückten, und zuletzt erschien den beiden selbst das Aergste unverfänglich. Ihre Liebe war freilich nicht wie die anderer Leute, sie durften nicht stolz aufeinander sein, sie mußten darauf achten, daß man nicht merke, wie gut sie einander seien, und daran war nur der Alte schuld, sie hofften, er werde doch bald versterben. Einmal wallfahrte die Müllerin, ein andermal der Knecht nach einem nahen Gnadenorte und baten die Muttergottes, sie möchte sie erlösen, sie beteten — um den Tod eines Menschen!

Aber die Wallfahrer hatten kein Glück, der Alte blieb rüstig und gesund, als sollte er ewig leben.

Das war hart für sie; wie lange sollten sie denn noch warten und harren, um es zu gleichem Ende wie andere Liebesleute führen zu können? Immer unleidlicher ward ihnen der Zwang und das Geheimtun, und so fielen sie denn in einer Nacht gemeinschaftlich über den Alten her und ließen nicht ab von ihm, bis er tot war, dann setzten sie die Mühle in Gang — das klapperte plötzlich weithin durch die Stille der Nacht, als wollte es das ruhende Tal aus dem Schlafe schrecken, aber ihnen taugte das Getöse, es ließ sie nicht klar werden über das Geschehene und nicht an den kommenden Morgen denken. Den Leichnam warfen sie in das kreisende Rad.

Die Sonne die sie weckte, war eine andere als die alte; was war das für ein abscheuliches Licht, das in alle Winkel spähte, durch jeden Bretterspalt fiel?! Dort stahl es sich durch die verhangenen Fenster in die leere Kammer, und ein wirbelnder Streif tanzte über die Polster des Bettes, fand aber nicht, wie sonst, einen Schläfer zu wecken. Wie glitzerte das Wasser am Mühlrade und — o, wer sich hinzuschauen getraut hätte! — wie es den toten Mann mit jeder Umdrehung hervor an das Licht schleifte! Aber da galt kein Säumen, lebendig wird es schon rings im Tale, die Leute werden kommen, daß sie auch kommen müssen, daß doch die Welt diese Nacht über ausgestorben wäre! Was sagen? Was tun?

Die Mühle wurde gestellt, die Müllerin stürzte mit Jammergeschrei, verwirrt und entsetzt in das Tal nach der nächsten Hütte, um den Leuten zuzuschreien, daß heute nacht ihr Mann verunglückt sei.

Aber die Sonne, die böse Sonne mit ihrem aufdringlichen Lichte ging nicht unter, ohne alles an den Tag gebracht zu haben.

Der Mond fand die Mühle leer, dafür sah er dort, fern in der Kreisstadt, als er die Schatten der Gitterstäbe in die Gefängniszellen warf, ein junges Weib mit verweinten Augen und einen Burschen mit stieren, glanzlosen Blicken schlaflos vor sich hinstarren.

(Forts. folgt.)

gung der Geschäfte die Sitzung zu schließen sich erlaubt, dann wäre er nach Verdienst sehr nachdrücklich darüber belehrt worden, was parlamentarischer Brauch ist. Auch die Unabhängigen schienen zuletzt einzusehen, daß die Sitzung gar nicht rechtmäßig geschlossen worden war, denn plötzlich brachten sie einen nochmaligen Antrag auf Vertagung ein. Zunächst wurden wegen der Erregung auf eine Viertelstunde die Verhandlungen ausgesetzt, nach Wiedereröffnung der Sitzung aber erklärte Genosse Ritter, daß bei der immer noch anhaltenden Erregung ein Verhandeln unmöglich sein würde. Anzweiflung der Beschlußfähigkeit führte dann den Abbruch der Sitzung herbei.

Die Unbemittelten und Erwerbslosen Berlins haben es der schließlich doch geglückten „Versammlungssprengung" zu danken, daß sie nun noch länger auf ihre Weihnachtsspende warten müssen. Der Magistrat hatte bereits alles zur sofortigen Auszahlung vorbereitet.

*

Sofort nachdem Vorsteher Dr. Weyl die Sitzung eröffnet hat, stellt Dr. Rosenfeld (U. Soz.) den Antrag auf Vertagung: In den Straßen Berlins ist heute Blut geflossen! Die sogen. Sicherheitswehr, in Wirklichkeit eine Militärtruppe, hat auf friedliche, unbewaffnete Demonstranten geschossen! Schon sind 15 Tote zu verzeichnen; zahllos sind die Verwundeten, die noch in den Reichstag eingeliefert werden! Zum Zeichen des Protestes gegen dieses rücksichtslose und brutale Vorgehen der Sicherheitswehr müssen die Vertreter der Bürgerschaft die Sitzung aufheben. Es hat sich um friedliche Demonstranten gehandelt. (Die Ausführungen des Redners werden durch immer größeren Lärm und andauernde Zwischenrufe unterbrochen; auf Zwischenrufe Kochs (Vg. Vgg.) antwortet Urig (U. Soz.) mit dem Zuruf: Sie sind der richtige Hetzpfaffe! (Koch fordert den Vorsteher wiederholt auf, Urig zur Ordnung zu rufen.) Die Sicherheitswehr ist gegen friedliche (?) Berliner Bürger nicht nur mit Seitengewehren, sondern auch mit Handgranaten und Maschinengewehren, ja auch mit Flammenwerfern aufmarschiert. Welche Entrüstung rief es in der ganzen zivilisierten Welt hervor, als diese brutalen Kampfmittel im Kriege angewendet wurden! Die Berliner Bürger haben kein Fischblut in den Adern; ein so provozierendes Verhalten der Sicherheitswehr muß die größte Erregung in die Massen tragen. Der Gedanke ist uns unerträglich, die Geschäfte der Stadt fortzuführen in einem Augenblick, wo die Toten und Verwundeten vielleicht noch nicht einmal alle geborgen sind!

Stadtv. Cassel (Dem.): Wir haben keine Kenntnis über die Vorgänge und über die Richtigkeit der von Dr. Rosenfeld behaupteten Tatsachen; das wird sich erst später ergeben (Zuruf: Wenn Sie ausgeschlafen haben!) Wir wissen nicht, ob an den sehr bedauerlichen Vorfällen die Schuld die Sicherheitspolizei trifft oder andere, durch deren Schuld diese beklagenswerten Opfer gefallen sind. Auf die Behauptungen von Dr. Rosenfeld hin und auf die Schreie und Zurufe aus gewissen Teilen dieser Versammlung, die ja gar keine parlamentarische Beratungsstätte mehr ist, die Sitzung abzubrechen, liegt gar kein Anlaß vor; damit würden wir durchaus nicht im Sinne der Herstellung der Ordnung und Ruhe wirken. Zu einer leeren Demonstration aber geben wir uns nicht her.

Bruns (Soz.): Wir bedauern und betrauern die unschuldigen Opfer, die heute gefallen sind. Ich muß aber auf den Bericht eines Augenzeugen feststellen, daß zunächst

von seiten der Demonstranten zur Gewalt gegriffen

worden ist und nicht von der anderen Seite. (Bewegung und Unruhe.) Stellung zur Sache nehmen können wir erst, wenn einwandfrei feststeht, auf welcher Seite die Schuld liegt. Wir sehen keinen Grund, die Sitzung abzubrechen, und werden gegen die Vertagung stimmen.

Rüffer (Vg. Vgg.): Die Schuld tragen die, die in dieser erregten Zeit die Massen auf die Straße gehetzt haben. (Großer Lärm bei den U. Soz.) Als ich die Aufforderung in der „Freiheit" las, habe ich sofort vorausgesehen, was kommen würde. Dem Vorsteher muß ich die schärfste Mißbilligung aussprechen, daß er dem Stadtv. Urig keinen Ordnungsruf erteilt hat.

Auch Dr. Lammerich (S.) ist gegen die Vertagung.

Dr. Rosenfeld: Von Cassel bis Bruns eine reaktionäre Masse! (Gelächter.)

Der Antrag auf Vertagung wird gegen die U. Soz. abgelehnt.

Dr. Rosenfeld: Nach der Ablehnung unseres Antrages sind wir, weil uns der Gedanke, unter diesen Umständen unsere Beratungen aufzunehmen, unerträglich ist, gezwungen, den Saal zu verlassen.

Vorsteher Dr. Weyl: Als Mitglied der U. Soz. Fraktion sehe ich mich veranlaßt, ihrem Beispiel zu folgen. Damit ist das Präsidium verwaist.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ich berufe die nächste Sitzung auf Donnerstag an. (Lebhafte Rufe: Nein, nein!)

Während Dr. Weyl den Saal verläßt, erscheint Stadtv. Wege (Vg. Vgg.) auf dem Präsidium, erklärt die Sitzung für eröffnet und fordert die Versammlung auf, in die Erledigung der Geschäfte einzutreten. Unmittelbar darauf treten die U. Soz. Rosenfeld, Adolf Hoffmann und Urig wieder in den Saal. Adolf Hoffmann protestiert gegen die Fortsetzung der Versammlung, die

kein Recht zu tagen

habe und deren event. Beschlüsse ungültig sein würden. Herr Wege habe da oben nichts mehr zu suchen und solle, wie am 8. Januar, seiner Wege gehen.

Merten (Dem.) zieht abermals § 1 der Geschäftsordnung an, um das Recht des Herrn Wege darzutun; Koch betont, daß es am vorigen Donnerstag Dr. Weyl selbst gewesen sei, der den Vorsitz an Wege übertragen habe.

Adolf Hoffmann: Ich protestiere gegen jede weitere Verhandlung; die Sitzung ist ordnungsmäßig (!) geschlossen. Ein viertelhundert Tote ist amtlich festgestellt. Die Ablehnung der Vertagung müßte den Rechtssozialisten die Schamröte ins Gesicht steigen lassen.

In der weiteren mit gleicher Erregung geführten Debatte stellt Dove (Dem.) mit großem Bedauern fest, daß der Vorsteher sich

weniger als Vorsteher, denn als Mitglied seiner Partei

gefühlt hat; dadurch sei der ganze Wirrwarr entstanden. — Dr. Rosenfeld hält für ausgemacht, daß jedes Gericht die Gesetzwidrigkeit der von dieser Versammlung gefaßten Beschlüsse aussprechen würde. — Adolf Hoffmann richtet weiter die heftigsten Angriffe gegen den Vorsteher-Stellvertreter Wege. — Koch beantragt schließlich Vertagung auf eine Viertelstunde, während die inzwischen in den Saal zurückgekehrten U. Soz. die Vertagung dieser „Versammlung von Stadtverordneten" und namentliche Abstimmung darüber beantragen. — Cassel ist für den Antrag Koch angesichts des beispiellosen,

allen demokratischen Grundsätzen hohnsprechenden Vorgehens der U. Soz.

Die Vertagung auf eine Viertelstunde wird beschlossen.

Nachdem kurz nach 7 Uhr die Sitzung abermals für wiedereröffnet erklärt ist, gibt Ritter (Soz.) die Erklärung ab, daß er nach den bedauerlichen Vorgängen, die sich hier abgespielt haben, es für seine Person nicht mehr für möglich hält, weiter zu tagen. Er bezweifelt die Beschlußfähigkeit und beantragt Vertagung, spricht aber gleichzeitig sein großes Bedauern aus, daß nunmehr wichtige Vorlagen und **die Angelegenheit der Erwerbslosenfürsorge unerledigt** bleiben müssen.

Das Bureau schließt sich dem Zweifel an; Stadtv. Wege erklärt um 7.05 Uhr die Sitzung für geschlossen.

Groß-Berlin

Groß-Berlin in der Landesversammlung.

Die vorbehaltlose Eingemeindung der Vororte nach Berlin ist ein Programmpunkt der Berliner Sozialdemokraten seit Jahrzehnten. Wir wollen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Einheitsgemeinde Berlin. Unter der Republik ist uns ein gerechtes Kommunalwahlrecht geworden, das aber in Groß-Berlin wegen der Zerrissenheit der politischen Gemeinden bisher nicht zur vollen Geltung hat kommen können. In einer Reihe von Vororten herrscht noch immer der alte Geist, ist noch immer jener Einfluß maßgebend, der die Massen des werktätigen Volkes nicht zu ihrem Recht kommen lassen will. Die geschlossene Zusammenfassung der politischen und wirtschaftlichen Kraft und Macht der Groß-Berliner Bevölkerung in einer einheitlich arbeitenden Kommunalverwaltung ist unser Ziel. Was Groß-Berlin wirtschaftlich leistet, leistet es als Ganzes, nicht durch die Vermittelung der Einzelgemeinden. Deshalb muß auch die auf der wirtschaftlichen Leistung des Ganzen ruhende kommunale Finanzkraft Groß-Berlins zu gemeinsamer Nutznießung zur Verfügung gestellt werden. Das ist nur durch die Eingemeindung und nur durch die Einheitsgemeinde restlos zu erreichen, — beides muß nach der Revolution für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich sein.

Der Gesetzentwurf für die Eingemeindung liegt der Landesversammlung vor, und diese hat ihn einem Ausschuß überwiesen. Der Umstand, daß die Staatsregierung unter den schwierigen Verhältnissen des letzten Jahres längere Zeit zur Fertigstellung des Gesetzes brauchte, hat den Gegnern die Möglichkeit gegeben, sich zu sammeln und eine umfangreiche Arbeit in den Vororten und in der reaktionären Tagespresse gegen den Eingemeindungsgedanken zu organisieren. Sie behaupten, die Eingemeindung sei durch die Reichsfinanzreform überflüssig geworden, die Reichseinkommensteuer beseitige die Steuerdifferenzen, also auch die günstigere Lage der bisher wohlhabenden Vororte. Richtig ist, daß die Reichseinkommensteuer alle Steuerpflichtigen — auch diejenigen in Groß-Berlin — gleichmäßig treffen wird. Die Meinung aber, daß hierdurch irgend etwas in der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden geändert werde, ist grundfalsch. Das Reich wird den Ländern und auf dem Wege über die Länder den Kommunen ihren Anteil von der Reichseinkommensteuer, berechnet nach dem Ertrag der Gemeindeeinkommensteuer von 1919 plus 6 Proz., zuweisen. Demnach erhalten die wohlhabenden und Rentnergemeinden hohe, die armen und durch den Krieg ruinierten Arbeitergemeinden niedrige Beträge, die einen viele Millionen die anderen Hunderttausende. Ohne Eingemeindung bliebe also alles beim alten, und manche Vorortsgemeinden wären wahrscheinlich gezwungen, ihren Bankerott anzumelden. —

Zum anderen sind es ausgerechnet die Rechtsparteien, die in der Eingemeindung plötzlich eine Gefahr für die Selbstverwaltung erblicken, dieselben Rechtsparteien, welche die Entwicklung der Stein-Hardenbergschen Staats- und Kommunalverwaltungsreform von jeher verdrossenen Blickes und den steigen Aufstieg der Selbstverwaltungskörper mit unverhohlenem Mißtrauen beobachtet haben. Warum soll die Selbstverwaltung in den Vororten unter der Eingemeindung leiden? Weil sie nicht in den bisherigen Formen weitergeführt werden wird? — Nicht die äußere Form, sondern der Inhalt, der Geist ist es, was der Selbstverwaltung die große Bedeutung für die Volksinteressen verliehen hat. Es ist ein Widerspruch in sich selbst, gerade uns Sozialdemokraten eine Schädigung des Gedankens der Selbstverwaltung zuzutrauen. Wir werden Mittel und Wege finden — und sie sind teilweise schon gefunden! — die Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung an der Wohlfahrt Groß-Berlins, des Ganzen sowohl wie seiner einzelnen Teile, sicherzustellen, und wir werden, soweit notwendig, neue Formen der Selbstverwaltung schaffen, wo die alten als ungeeignet beiseitegelegt werden müssen.

Unsere ganze Kraft wollen wir in alter Ueberzeugungstreue zusammenfassen, um bei dem bevorstehenden Endkampf in der Landesversammlung den Sieg zu erringen und die langersehnte Einheitsgemeinde durchzusetzen. „Groß-Berlin" soll, wie so vieles andere, in dieser schwierigen Zeit, ein durch unsere Partei herbeigeführter Fortschritt werden.

Hugo Heimann.

Die Einheit Groß-Berlins.

Der Ausschuß der Landesversammlung für den Gesetzentwurf Groß-Berlin erörterte am Dienstag zunächst grundsätzlich die Frage, ob eine Einheitsgemeinde geschaffen werden soll, oder ob die Vereinheitlichung durch Schaffung einer Provinz oder durch Erweiterung des Zweckverbandes oder durch Schaffung einer Gesamtgemeinde erfolgen solle. Mit ganz besonderer Energie aber kämpfte Abgeordneter Dr. Preuß (Dem.) für die Einheitsgemeinde. Die bisherige Zersplitterung der Verwaltung in Groß-Berlin nannte er den denkbar größten Blödsinn und Irrsinn, die erschöpfende Lösung der Preisaufgabe: mit den größten Kosten den geringsten Nutzeffekt zu erzielen. Wenn er jemals wirklich die Absicht gehabt hätte, Preußen zu atomisieren, so müßte er sich über die Unfähigkeit Preußens zur Gesetzgebung freuen, die mit der Ablehnung der Einheitsgemeinde zutage treten würde. In Wahrheit aber bedaure er, daß, während die Opposition natürlich die Vorlage der Regierung geschlossen bekämpfe, die Mehrheitsparteien wieder einmal keinen einheitlichen Willen aufbringen könnten. In der Abstimmung wurde die Einheitsgemeinde mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen.

Zum räumlichen Umfang Groß-Berlins beantragten dann die Deutschnationalen, die Städte Köpenick und Spandau, die Landgemeinden Adlershof, Alt-Glienicke, Biesdorf, Blankenburg, Blankenfelde, Buch, Buckow, Buchholz, Cladow, Falkenberg, Friedrichshagen, Gatow, Grünau, Heiligensee, Hermsdorf, Johannisthal, Karow, Kaulsdorf, Lankwitz, Lübars, Lichtenrade, Lichterfelde, Mahlsdorf, Malchow, Marienfelde, Mahrzahn, Niederschöneweide, Nikolassee, Oberschöneweide, Rudow, Staaken, Tegel, Tiefwerder, Wannsee, Wartenberg, Wittenau und Zehlendorf sowie eine Anzahl von Gutsbezirken aus der Einheitsgemeinde herauszulassen. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Die Wahl der Elternbeiräte.

Der Termin für die Wahl der Elternbeiräte ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, durch eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums für Berlin und die Provinz Brandenburg auf Sonntag, den 7. März, festgesetzt.

Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages sind im Postverkehr mit den an Polen fallenden Teilen vorerst nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen zu Inlandsgebühren zugelassen. Nach dem Freistaat Danzig und dem Memelgebiet wird der Postverkehr unter den bisherigen Bedingungen aufrechterhalten; jedoch sind Warensendungen statistische Anmeldescheine beizufügen. Nach den Kreisen Eupen und Malmedy sind Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmen nicht mehr zugelassen; für die übrigen Sendungen gelten die Gebührensätze und Bedingungen des Weltpostvereins. Der Postverkehr mit dem Saargebiet bleibt vorläufig unverändert, der Verkehr mit dem Hultschiner Ländchen findet wie mit der Tschechoslowakei statt.

Im Postscheckverkehr sind Zahlkarten für Konten des Postscheckamts in Danzig nicht mehr zulässig. Mit diesem Postscheckamt wird ein Ueberweisungsverkehr dergestalt eingerichtet, daß ein Postscheckkunde in Deutschland an einem Tage höchstens 1000 Mark und im Monat höchstens 3000 M. auf Konten des Postscheckamts in Danzig überweisen darf. Aufträge mit Postscheck (Zahlungsanweisung) zu Barzahlungen an Empfänger im Freistaat Danzig, in Polen, im Memelgebiet, im Hultschiner Ländchen und im Gebiet Eupen-Malmedy werden durch die deutschen Postscheckämter nicht mehr ausgeführt.

Die Deputation für die Kohlenversorgung hat für den Norden und Nordwesten in der Fichte-Realschule, Stephanstraße, eine Zweigsprechstelle errichtet, wo die Bevölkerung ihre Kohlenangelegenheiten regeln kann.

Die Darlehnskasse Ost warnt in einem Inserat unserer heutigen Ausgabe vor der Annahme der neuen Fälschung ihrer Zehnrubelscheine.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin gibt bekannt, daß die Fachabteilung für das Krankenpflege-, Bade- und Massagewesen an Amt Norden 2186—90 und 2190—95 und Norden 2157 (weibliche Abt.) und 2158 (männliche Abt.) angeschlossen ist. Sonn- und Feiertags und nachts von abends 7 Uhr ab Telephon nur Amt Norden 2157. Vertrauenswürdige Pflegerinnen stehen für plötzliche Fälle zur Verfügung.

Steglitz. Stellungnahme zum Gesetzentwurf Groß-Berlin war der Hauptlagesordnungspunkt der außerordentlichen Gemeindevertretersitzung. Der Versammlung lag eine Vorlage des Gemeindevorstandes vor, die in zahlreichen Abänderungsanträgen aus dem Gesetzentwurf für die Einheitsgemeinde einen solchen für die Gesamtgemeinde zu machen versuchte. Genosse Szillat vertrat demgegenüber den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, die an der Einheitsgemeinde festhält, und unterbreitete eine diesbezügliche Resolution. Der Demokrat Frenz versicherte gleichfalls, auf dem Boden der Einheitsgemeinde zu stehen, hielt aber trotzdem die Abänderungsvorschläge für wünschenswert. Herr Schwarz vom Bürgerblock lehnt die Einheitsgemeinde ab und wünscht die Entscheidung durch die Landesversammlung hinauszuschieben, der er übrigens das Recht abspricht, darüber zu beschließen, da das ihre Kompetenzen überschreite. Alfermann (U. S. P.) tritt für die Einheitsgemeinde ein.

In der Einzelberatung wird zunächst ein Antrag der Sozialdemokraten zu § 1 angenommen, der an Stelle des Namens „Groß-Berlin" nur „Berlin" wünscht, zwei weitere Anträge werden abgelehnt, die Anträge des Gemeindevorstandes mit wechselnder Mehrheit angenommen. Nunmehr wird über die Resolution der Sozialdemokraten abgestimmt und deren erster Teil, der sich für die Einheitsgemeinde ausspricht, gegen den Bürgerblock angenommen. In der Gesamtabstimmung wurde sodann überraschenderweise die Vorlage des Gemeindevorstandes abgelehnt.

Auf eine Anfrage des Gemeindevertreters Bischnöfski wegen der Lebensmittelversorgung von Steglitz erwiderte Schöffe Jürgens, daß die Brot- und Mehlversorgung für diese und nächste Woche gesichert sei, Kartoffeln seien leider nur zwei Waggons eingelaufen; als Ersatz würden Kohlrüben, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl, getrocknete Kartoffeln und Trockengemüse gegeben werden.

Friedrichsfelde. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden für den Versorgungsverband Oberschöneweide die Schöffen Pinseler (U. S. P.) und Dr. Mack (Demokr.) gewählt. Die Einreihung der Beamten, Lehrer und ständigen Privatdienstverpflichteten in den für Groß-Berlin hergestellten Mantelplan wurde genehmigt, desgl. die Gehaltsreform nach Schöneberger Sätzen. Der Nachtragshaushaltsplan 1919 wurde angenommen. Die Mehrbelastung beträgt 2 010 050,84 M. Demgegenüber stehen aber Mehreinnahmen verschiedener Steuerarten wie Gemeindeeinkommensteuer, Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer, Wettrennsteuer in Höhe von 883 000 M. und Ueberschüsse aus früheren Jahren in Höhe von 279 446,84 M., so daß eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer von 250 auf 350 Prozent beschlossen wurde.

Die Einrichtung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke und einer Säuglingsfürsorge- und Beratungsstelle wurde genehmigt. Dem Tierarzt Grosseit wurde die Jahresentschädigung auf 1500 M. erhöht und den Lehrern für den katholischen Religionsunterricht auf Grund geschlossener Verträge eine Vergütung zugebilligt. Die Vorlage bez. des Abschlusses einer Schüler-Unfallversicherung wurde behufs Abänderung zurückgezogen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden für das Mieteinigungsamt wurde Amtsgerichtsrat Ewald aus Bln.-Lichtenberg gegen ein Honorar von 40 M. für jede Sitzung bestellt und die erforderlichen Lehrerstellen, die für den Aufbau der noch fehlenden Oberklassen benötigt werden, bewilligt.

Niederschönhausen. Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig, die Besoldungsordnung für die Gemeindebeamten und die auf Privatdienstvertrag Angestellten für die Gruppen V—Ia nach den Berliner Sätzen anzunehmen. Ebenfalls einstimmig wird die Besoldungsordnung für die Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen, Gruppen IIb bis Ia, mit Ausnahme der Sondergruppen, angenommen. Die Direktoren werden der Gruppe Ia mit der Maßgabe zugeteilt, daß auch hier eine Erhöhung Platz greift, falls Berlin eine solche beschließt.

Der Wert der Dienstwohnungen, der von der Gemeindevertretung festgesetzt wird, soll voll auf das Gehalt angerechnet werden. Bestimmt wird, sämtlichen Beamten und Lehrern die Teuerungszulagen in der Höhe zu zahlen, wie dies jeweils von Berlin geschieht. Die Volksschullehrkräfte erhalten die Besoldungserhöhung mit den üblichen, den derzeitigen noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen angepaßten Zusätzen. Die Besoldungsordnung tritt am 1. 10. 1919 in Wirksamkeit. Der vom Gemeindevorstand mit den technischen Angestellten abgeschlossene Tarifvertrag wird genehmigt. Ein Dringlichkeitsantrag der U. S. P., in dem die Gemeindevertretung gegen die Gewährung von Lieferungsprämien an die Landwirte protestiert, weil dadurch der Preis der notwendigsten Lebensmittel noch weiter erhöht und die Lebenshaltung des Volkes noch mehr erschwert wird wie bisher und die Regierung aufgefordert wird, mit allen Mitteln der Staatsgewalt die Landwirte zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht zu zwingen, wird angenommen.

Friedrichshagen. Die Gemeindevertretung hatte in ihrer letzten Sitzung über die Entschädigung für Mitglieder des Gemeindevorstandes und für Gemeindeverordnete und Bürgerdeputierte zu entscheiden. Die vom Genossen Nicke vertretene Vorlage der Kommission wurde an-

genommen. — Der Bürgermeister erhält unter Fortfall des bisherigen Wohnungsgeldes ein Gehalt von 24 000 M.

Mit der Erhöhung der Ehrlichschen Stiftung für Kriegsbeschädigte (weitere Zuwendungen im Werte von 100 000 M.) erklärte sich die Gemeindevertretung dankend einverstanden. Die Uebernahme der Frankeschen höheren Mädchenschule auf die Gemeinde wird einstimmig beschlossen. Direktor Franke bleibt Leiter der Schule. Genosse Miete stellt den Antrag auf Anlegung eines kommunalen Friedhofes und begründet ihn. Seinerzeit ist die Angelegenheit am Widerspruch der Kirchengemeinde gescheitert. Redner rügt auch als ungehörig, daß sich die Kirchengemeinde an alle Bürger um Beiträge zu einem Denkmal für Kriegsgefallene auf dem kleinen Ehrenfriedhof wendet. Die Ehrung der Kriegsgefallenen sei Sache der politischen Gemeinde. Die beste Ehrung für die Gefallenen sei eine hinreichende Versorgung für die Witwen und Waisen. Direktor Görling (Bürgerl.) verweist auf ein schon genehmigtes Projekt, wonach im Anschluß an den Friedhof der Kirchengemeinde ein Urnenhain und eine kommunale Kapelle errichtet werden sollen. Schöffe Nawrocki (U. Soz.) ist dafür, daß alle Mittel und Wege erschöpft werden, den Friedhof in die Hand der Gemeinde zu übernehmen. Genosse Miete betont, daß die von Görling erwähnte Erledigung der Friedhofsfrage nicht genüge. Man wolle vielmehr einen Vorstoß machen zur Uebernahme des kirchlichen Friedhofs oder zur Errichtung eines besonderen Kommunalfriedhofs. Von den bürgerlichen Vertretern Söhring und Professor Früh wurde Toleranz gefordert und vom Schöffen Barth (Soz.) verlangt, daß der Kirche das Beerdigungsrecht genommen werde. Gegen zwei Stimmen wird beschlossen: „Der Gemeindevorstand wird beauftragt, sofort Schritte zu tun, den kirchlichen Friedhof in den Besitz der Gemeinde zu überführen. Ferner soll die Angelegenheit des Urnenhains beschleunigt werden." Die weitere Anregung wurde der Kulturkommission überwiesen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Vom 15. ab tritt für die „A- und B"-Karte Liste III in Kraft: „A I"-Karte 1 Liter, „A II"-Karte 1 Liter, „B I"-Karte ½ Liter, „B II"-Karte ½ Liter. Die übrige Milchbelieferung bleibt wie bisher. — Käse bis 19. in den Bezirken der 11., 14., 19., 22., 23., 25., 30. und 31. Brotkommission.

Mariendorf-Südende. Kinder vom 2.—6. Jahre auf Vollmilchkarten A I, B I und II, C I und II je 6 Pfefferkuchen. — Kindervollmilchkarten für Februar bis 17. in den Brotkommissionen. Milchkarten für Kranke werden durch die Post zugesandt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Abt. Mitgliederversammlung erst am 28. Januar 7 Uhr in der Schulaula, Hohenlohestr. 10/11. Referent: Genosse Kurt Falke über Völkerbund und Völkerrecht.

Charlottenburg. Die 4. Gruppe tagt heute abend in der Kaiserin-Augusta-Straße 9.

Neukölln. Heute 7 Uhr Bezirksversammlungen in folgenden Lokalen: 1. Abt. Bez. 1—10. Glawe, Schinkestr. 22; Schmidt, Bürknerstr. 11; Müller, Hobrecht-, Ecke Pflügerstraße; Beck, Reuterstr. 46; Herzog, Friedelstraße 7; Brand, Pflügerstr. 19; Bezirk 9 und 10 am Donnerstag bei Asbring.

2. Abt., Bezirk 11—19. Marienfeld, Kaiser-Friedrich-Straße 226; Schweighöfer, Weichselstr. 39; Schiller, Weichsel- Ecke Donaustraße; Boddinski, Weichselstr. 2; Bräsert, Fuldastr. 15; Ewald, Weserstr. 179; Schwenzel, Elbestr. 8.

3. Abt., Bez. 20—27. Grunert, Donaustr. 90; Schwack, Boddinstraße 66; Gerecke, Harzer Straße 22; Weber, Wildenbruchstraße 81; Zunz, Kolleggerstraße; Brühel, Kolleggerstr. 17; Schneider, Rosenstr. 7.

4. Abt., Bez. 28—36. Münow, Kaiser-Friedrich-Straße 122; Woll, Kirchhofstr. 41; Marten, Böhmische Str. 43; König, Canner Straße 14; Kuknisch, Saalestr. 5; Ruck, Ringbahnstr. 34.

5. Abt., Bez. 37—45. Berthold, Kranoldstr. 1; Seidel, Reinholdstraße 14; Behring, Glasowstraße, Ecke Bendastraße; Krüger, Emser Straße 86—87; Panke, Hermannstr. 1; Müller, Thüringer Straße, Ecke Wipperstraße; Leverenz, Rogatstr. 9; Müller, Emser Str. 27.

6. Abt., Bez. 46—52. Adam, Badestr. 32; Gohlke, Hermannstr. 190; Kutzki, Leinestr. 1; Kittler, Lenfestr. 3; Sauer, Thomasstraße 81; Klostermann, Thomasstr. 40.

7. Abt., Bez. 53—59. Grieger, Leßingstr. 9; Bethge, Steinmetzstraße 7; Lemke, Leßingstr. 16; Growunder, Herrfurthstr. 1.

8. Abt., Bez. 60—65. Dausacker, Zietenstr. 35; Iden, Boddinstraße 58; Woll, Allerstr. 7; Källchläger, Steinmetzstr. 53; Hentschel, Herrfurthstr. 27; Kunert, Herrfurthstr. 21.

9. Abt., Bez. 66—75. Marquardt, Mahlower Straße 11; Schmidt, Münchener Straße 23; Breitkreuz, Reuterstraße 11; Schmidt, Wißmannstraße 20; Fiebig, Mainzer Str. 6.

Britz. In der Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 15. Jan., 7½ Uhr, in Beckers Gesellschaftshaus, Chausseestr. 97, spricht Franz Krüger, M. d. N., über: „Der Friedensvertrag und die deutschen Arbeiter". — Von gegnerischer Seite wird versucht, von Parteimitgliedern Unterschriften für eine Kandidatenliste zur Wahl der Elternbeiräte an der 2. Gemeindeschule zu erlangen. Wir bitten die Arbeitereltern, Personen, die sie zu vorstehendem Zwecke besuchen, nach der Parteilegitimation zu befragen.

Marienfelde. Heute abend 7 Uhr bei Mantz Generalversammlung. Vorstandswahl, Jahresbericht.

Stralau. Heute abend 7½ Uhr Zahlabend bei Bollenbach. Vortrag des Genossen Lehrer Teppich über Elternbeiräte. Erscheinen dringend notwendig.

Rosenthal. Heute 7 Uhr bei Barth Zahlabend. — Für Nordend im Friedrichsgarten.

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Irrtümlicherweise ist gestern morgen die Veranstaltung der Abteilung bekanntgegeben worden, die aber infolge des Licht- und Kohlenmangels noch nicht stattfinden konnte. Der Diskussionsabend am Freitag findet in der 306. Gemeindeschule, Lütticher Str. 8, statt und wird daselbst näheres über die folgenden Veranstaltungen bekanntgegeben. Der Treffpunkt für die Museumsführung am Sonntag, vormittags ½10 Uhr, bleibt das Jugendheim, Lütticher Str. 38.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Eine Protestversammlung gegen die Konzertkartensteuer findet Freitag 4 Uhr im Beethovensaal statt. — **Sämtliche Hilfskräfte des Magistrats Berlin.** Protestversammlung Donnerstag 8½ Uhr im Zirkus Busch. — **Zentralverband der Angestellten.** Der Kursus über „Kapital und Arbeit", Referent Leopold Freudenberger, beginnt Mittwoch, den 21. Januar, abends 7½ Uhr, Belle-Alliance-Str. 7—10.

Briefkasten der Redaktion.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Freitag und Sonnabend 3—5 Uhr; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 4—7 Uhr.

F. M. 100. Nein. — **Urtext 5220.** 1. bis 3. Ihre Frage läßt sich nicht allgemein beantworten. Wenden Sie sich an die Gemeinde. 4. Ja, wenn die Witwe invalide ist. 5. Höchstbetrag: Anderthalbfaches der Invalidenrente, die der Mann bezogen hat. 6. Versicherungsamt. 7. und 8. Wenden Sie sich an die Fürsorgestelle. — **W. O. 82.** Ja. — **H. 37.** Die Ansicht der Eisenbahndirektion ist richtig und deckt sich mit unserer Notiz. — **M. H. 100.** 1. Nein. Wöchnerinnen haben Anspruch auf Wochenhilfe bezw. Wochenfürsorge. Das Wochengeld wird auf die Dauer von zehn Wochen gewährt, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. 2. Allgemeine Ortskrankenkasse. — **J. Sch. 64.** 1. Zweifelhaft. 2. 1200 Beitragswochen. — **E. 50.** Soweit Erlaß vorliegt, sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet. — **Küfel.** Kommen Sie in die juristische Sprechstunde. — **Stargard (Pommern).** Nein. — **A. H. 32.** Die Höhe der Hinterbliebenenbezüge hängt von dem Dienstgrade und davon ab, ob den Hinterbliebenen die allgemeine Versorgung zusteht oder nicht. — **O. S. 111292.** 1. bis 3. Ja. — **W. Sch.** Mit den Anfangsbuchstaben des Mädchennamens.

Unserem Parteifreund u. Vorsitzenden Gustav Wiesner die besten Wünsche zum 50. Geburtstag! Die Funktionäre der S. P. D. Niederschönhausen

Sozialdemokratischer Verein Berlin (S. P. D.) 34. Abteilung.
Am 10. Januar verstarb unser Parteigenosse, der Schriftsetzer 6896
Adolf Dill.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Donnerstag, den 15. Jan., nachm. 3 Uhr, Friedhof d. Friedensgemeinde, Niederschönhausen (Nordend).
Rege Beteiligung erwartet Die Abteilungsleitung.

Spezialarzt **Dr. med. Grütering** Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters. Invalidenstraße 39, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-5½, Sonnt. 11-12.

Spezialarzt Dr. med. Koeben. Erprobte und schmerzlose Behandlung. Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik. Königstr. 56/57, gegenüb. Rathaus. Spr. 10-1 u. 4-7, Sonnt. 10-1. Separates Damenzimmer

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor Spr. 11—1, 6—8, Sonnt. 11—1 Harn- u. Blutuntersuchung

Weisslack-Möbel für Boudoirs, Schlafzimmer, Garten und Dielen. Louis XVI. Schlafzimmer **Joseph Dreyfuß** Kurfürstendamm 213 Steinplatz 3388.

Krause Pianos Großes Lager in allen Holzarten Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

Rasche Hilfe b. quälendem, besonders nachts unerträgl. peinig. Hautjucken bringt der sicher wirkende „Ostindabalsam". b. auch in hartnäckigsten Fällen bewährt (t. M. 6,00 Zur gleichzeitigen inneren Kur Reichel's Salterin-Blutreinigungspulver. Schacht. M. 3,50. 2 Schachteln M. 1,25. O. Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Am Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, findet im Sitzungssaal des Herrenhauses eine
öffentliche Versammlung
über das Thema statt:
Was wird aus Deutschland?
Innenpolitik: Heinrich Preuß.
Wirtschaft: Rudolf Wissell.
Außenpolitik: Julius Kaliski.
Geist u. Gesinnung: Wally Zepler. 225/15*
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 1 M. erhoben.

Donnerstag, 15. Januar, abends 7½ Uhr „Deutscher Hof", Luckauer Str. 15
Oeffentlicher Vortrag
Referenten: Fritz Spiegelberg, Pfarrer Bleier
Thema: **Was bringt uns der Frieden?**
Freie Aussprache
Hochwichtig! Erscheint in Massen, es geht jeden an!
Eintritt frei Die Einberufer

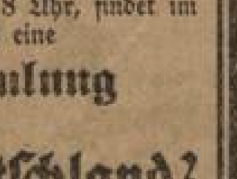
Werbe-Versammlung der Gemeinnützigen Gartensiedlung Dabendorf, Potsdamer Vorortbahn. E. G. m. b. H. am 18. Januar 1920, vormittags 10 Uhr, im „Lindengarten", Inhaber P. Werner, in Dabendorf. 1. Ziele und Zwecke der Genossenschaft. 2. Ueber Baumeisen und Finanzierung. 3. Freie Aussprache. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 6809

Möbel Gelegenheitskäufe
Speisezimmer, echt Eiche, kompl. von 3700,- an
Schlafzimmer, echt Eiche, kompl. von 2700,- -
Herrenzimmer, echt Eiche, kompl. von 3200,- -
Küchen in allen Farben von 500,- -
Einzelmöbel, Kleinmöbel, Polstermöbel große Auswahl
Rosenthalerstr. 8a I u. 12 (Lad.)
Baron

Platin 141 bis 145 Mark. Pl.-Zähne nicht unter 9 Mark. Silbermark 6 M., Goldmünzen über Preise. Goldsachen, Silbersachen kauft **Frau Linke,** Blücherstr. 40, v. II. 140/20d

Wie kräftige ich meinen Körper? von Dr. Rich. Weiß. Sonderabdruck aus: „Blätter für Volksaufklärung", auf Anfrage frei von Dr. Rich. Weiß, Berlin C 2, Probststr. 13/14

Schönes und reines Gesicht erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwinden bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung. C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße. Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos



Kastenwagen und alle anderen Transportgeräte lief. billigst. Groß. Born. S. Wagner, Cöpenick, Str. 71

Ueber 1000 Atteste bestät. d. heils. Wirkg. von San. Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** bei Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen und dergl. Originaldosen 6,75, 13.— versendet „Elefanten-Apotheke" Berlin 24 SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)

Gamaschen-Kenner tragen Marke [22/18* **„Peitsche"** innen eingestempelt Peitschegamaschen.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht ang. Ausk. umsonst. Sanis Versand, München.

Ceylon-Tee, Holl. Kakao, Lindt-Kakao, Dries.-Riegel, Klaus-, Rudin-, Wan-Eta-, Hershey- Schokolade, Erbsen, gelb, gesch., Butterperlbohnen, bunte Erbsen, Milchpulver, Bananenmehl, Liköre. **F. P. A. Kauffmann,** Berlin, Wallstr. 55/56. En gros detail.

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing Sämtl. Altmetalle Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 4 Einkaufsstellen **„Cohn"** 1) Brunnenst. 11 (am Rosenthaler Pl.) 2) Fennstr. 48 am Weddingplatz 3) Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberg. St. am Anhalt. Bahnhof 4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 229 (nahe Hermannplatz)

Gegen Würmer Spulw. Maden-Würmer gebrauchen Sie „Contraverm", das neue Wurmmittel für Erwachs. u. Kinder (über 4 Jahre). Packungen m. dazugehöriger Salbe 8 M. Ill.-Apoth. Löwen-Apoth., Hannover 14.

Platin pro Gramm **M. 142.-** Metallkontor Alte Jakobstraße 138 Telephon: Moritzplatz 12 888

Blei! Zinn! Weißmetall! alle Legierungen, in jeder Menge, zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alex. 4243).

Platin 141-145 M. 141/20c*] per Gramm **Alte Gebisse** bis 1000 Mark Gold- u. Silbermünzen zu Tagespreisen kauft E. Hausdorf, NO 18, Palisadenstr. 11, v. II.

Bücher, ganze Bibliotheken kauft [21/4* Feldblum, Koritstr. 34.

Erfinder bedienen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen. Ideen eines Patentfachmannes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfolg: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für **850 000 M.** F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Pl.-Zähne nicht unt. 8 M. Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen, Gold- und Silbermünzen, Platina kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II 140/20c*

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft [* Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel. Lützow 3705 und 8818.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Edelmetalle und Altmetalle, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, kauft höchstzahlend Metall-Einkaufs-Zentrale Kottbuser Damm 66. Amt Moritzplatz 13580.

Perser-Teppiche Klavier oder Stutzflügel dringend gesucht Herer, Passauerstr. 8/9. Kurfürst 9704.

Gold Flak (Wills 10er Packg. eingetroffen, zwanglos greifbar. 88/11 Hopp, Alexanderstr. 71, II zwischen Tietz-Passage und Königstraße!

Platin Mark 132,00 per Gramm, alte Gebisse bis 1000,— Mark, Gold- und Silbermünzen kauft 160/20a* E. Hausdorf, NO. 18, Palisadenstr. 11, v. II.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend. Piano-Magazin **A. Lehmann & Co.,** Inh.: Gutenberg, Leipziger Str. 115/116, Gr. Frankfurter Str. 106.

Silbermünzen, Goldmünzen kauft bedeutend über den höchsten Tagespreis [56b* **Kaiser,** Greifswalder Straße 201.

Raucherdank! ges. gesch., ermögl. in einig. Tag. das Rauchen ganz od. teilw. z. unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüfft. Vollständ. unschädl. Tägl. Anerkenn. Ausk. ums. Institut Englbrecht, München H. 6. Kapuzinerstr. 9

Quecksilber 1 Kilo Mark **70.-** kauft in unseren 4 Einkaufsstellen **„Cohn"** 1. Brunnenst. 11 (am Rosenthaler Pl.) 2. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberg. St. am Anhalt. Bahnhof 3. Fennstr. 48 am Weddingplatz. 4. Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 229 (nahe Hermannplatz).

Warnung! Vor Annahme der neuen Fälschungen unserer Zehnrubelscheine wird gewarnt. Die hauptsächlichsten Erkennungsmerkmale sind 1. Wasserzeichen aufgedruckt; 2. Papier stärker; 3. rote Nummern der Scheine sehr dick und etwas verwischt und vielfach gleichlautend; 4. Nummern mit Serienbuchstaben g bis z sämtlich falsch; 5. bei Worten des mit rubli weist Vorderstrich des r Farblücken auf; 6. im Wort pozyczkowei in dreizeiligem polnischen Strafterxt auf Rückseite fehlt über dem ersten a Akzent; 7. verstärkte und verwischte Schraffierung in der umrahmenden Schattierung der in oberen Ecken auf Rückseite befindlichen Ziffern 10; 8. roter Untergrund auf Vorder- und Rückseite weist, besonders deutlich im Innenfeld der 0 auf Vorderseite und zwischen Ziffern 1 und 0 in Mitte der Rückseite, kein Netzwerk weißer und roter Karos auf; 9. über A im Wort April brauner Punkt. **Darlehnskasse Ost, Berlin.**

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Blasen-, Unterleibsleiden, nervöse Schwäche, speziell veraltete Fälle, Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer. Erste und älteste Heil-Anstalt Löser. **Dir. Löser senior.** Spezial-Arzt Dr. Skotti. **Nur Rosenthaler Str. 69-70** am Rosenthaler Platz 9-1, 4-8. Sonnt. 10-1

Spezial-Behandlung von Haut-, Harn-, Unterleibsl., Frauenleid., spez. veralteter hartnäckige Fälle, Schwäche; Salvarsan-Kuren. — Urin- u. Blutuntersuchungen, Licht- u. Finsen-Behandlung. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt. 144/3* **Löser, Münzstr. 9,** nahe Alexanderplatz, 9—1, 4—8, Sonntags 9—1

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße. Sprechst. 12—2, ½6—½10 Uhr abds., Sonnt. ½11—1 Uhr **Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Harn- u. Blutuntersuchungen.** Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschl. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

Natura-Institut. ohne Berufsstörung beseitigen Haut-, Harn- u. Unterleibsleiden, wo alles andere versagte. Keine Einspritzungen. **Natura-Institut.** Aerztliche Leitung. Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor). Sprechstunden von 10—1, 4—8 Uhr u. Sonntags 11—1 Uhr. Blut-, Harn-, Sputum-Untersuchungen usw. Aerztliche Beratung oder schriftliche Auskunft kostenlos.

Altmetalle in Kupfer, Messing, Rotguß, Aluminium, Zinn, Zink, Blei, Abfälle und Späne, Quecksilber kauft zu äußerst hohen Preisen von Fabrikanten und Händlern „Metalleinkaufs-Centrale", Berlin SO 16, Neanderstr. 15. Teleph.: Moritzplatz 667.

Platin-Linke! Platin! Platin-Zähne nicht unter 9 M. Gold, Silber, Edelmetalle kauft Platin-Großhandlung **Emma Linke,** Berlin, Blücherstr. 40, vorn II, früh. Invalidenstraße. Gegründet 180

Goldmünzen, Silbermünzen, kauft höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31 Tel.: Alexander 4243.

Lehrer Ohls **Nerven-Tee** b. Nervenbeschw., Kopfschmerzen, Schlaflosigk., zugl. Arz.-Verdauung, garant. sich. Wirkung. Probe 3 M., für einen Monat 12 M. Näh. b. Obst, Lehrer, Herrmannsdorf 293 b. Breslau

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10 Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Armee-Pistolen 08 (Parabellum) u. Mauser 9 mm kaufen jede Menge **F. W. Wandrey & Co.,** Berlin, Lindenstr.

Saal ca. 1000 Personen fass., für Versamml., Vereine, Vergnügungen etc. frei. **Residenz-Festsäle** Landsberger Str. 31 Alexander 3394

Bücher von denen man spricht. Verlangen Sie kostenlose Prosp. v. Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla.

Idealer **Frauenschutz**: mehrj. garant. Prospekt gratis Voigt & Co., Stuttgart 13, Gymnasiumstraße 13.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Rigoletto.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Maria Stuart.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½: Jaakobs Traum.
Donn. 7½: Und Pippa tanzt

Kammerspiele.
7 Uhr: Iwanow.
Donnerstag 7: Advent.

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7½: Orestie (30. Abt., 1. Abd.)
Donn. 7½: Orestie (31. A., 1. A.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
7 Uhr: Stützen der Gesellschaft
Donnst.: Schloß Wetterstein
Freit.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
7½ Uhr: Sie.
Z. 30. Male:

Berliner Theater
7½ U.: Bummel-Studenten
m. d. neuen Operett-Parodie.

Central-Theater
3 Uhr: Hänsel und Gretel.
7½ U.: Fräulein Puck.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Undine.

Die Tribüne
7½ U.: Franziska.

Eden-Theater
7½ U.: „U. A. w. g."

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Die unberührte Frau

Komische Oper
7½ U.: Dichterliebe.

Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7½ Uhr: Der Großstadt-Kavalier

Metropol-Theater.
7¹⁰ Uhr: Sybill

Neues Operettenhaus.
7.15 U.: Die kleine Hoheit.

Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Minna von Barnhelm.
7½ Uhr: Die Tür ins Freie.

Thalia-Theater
7½ U.: Die närrische Liebe
mit Oskar Sabo a. G.
und Ferry Sikla a. G.

Th. am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Der Vetter.
7½ Uhr: Der Vielgeliebte

Theater des Westens
4 Uhr: Max und Moritz.
7½ U.: Die Frau im Hermelin

Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.

Residenz-Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise.
Rotkäppchen.
Täglich 7½ Uhr:
Evchen Humbrecht.
Donn. 4: Max und Moritz.
Freitag 4: Hänsel und Gretel.

Trianon-Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Max und Moritz.
Täglich 7½ Uhr:
Maskerade.
Donnerstag 4: Rotkäppchen.
Freitag 4: Max und Moritz.

Central Theater 57.
Täglich ½8 Uhr:
Frl. Puck
Hauptdarsteller:
Alice Hechy
Paul Heidemann
Mittwoch, 14. Januar, 3 Uhr: Hänsel u. Gretel (kl. Preise)
Sonntag, 18. Januar, 3 Uhr: Die Faschingsfee (kl. Preise)
Vorverk. Theaterkasse 10–2 u. 6 Wertheim und Invalidendank.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die im Schatten leben.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die Csárdásfürstin.

Olympia-Theater
(früher Voigt, Badstr. 58)
Täglich abends 7½
Verheiratete Junggesellen.
Große dreiaktige Posse.
Dazu Spezialitäten.

ORIENT
Strausberger Platz
3 Min. vom Alexanderplatz.
Grösstes und schönstes Kabarett in Berlin NO.
Der hervorragende
Januar-Spielplan!
Tanz-Vorführungen.
Anf. 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
6½: Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7¼ Uhr: Pygmalion.
Donnerstag 7, zum 1. Male:
Hölle, Weg, Erde.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: Cyprienne.
(Konstantin, Götz, Walter.)

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. 7½ U.:
Der Schlager der Spielzeit.
Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Akt.
Dazu der Operetten-Sketch
„Erwischt" m. Viktor Litzek.
Sonntag 3½: Frohes Fest.

Apollo-Theater
Dir.: James Klein
An einem Abend
Weltrekordmann
Heros
berühmt. Kraftjongl.
Curran
Tollkühnheiten a. schwankend. Mast.
4 Uessems
Sensations-Akrobat.
Hadjes & de Vynos
Meistersch.-Tänzerp.
2 Ottkars
Urkom. Reckakt.
4 Sternas
Rangen im Seebad.
Sowie pers. Auftreten der berühmt. Rennfahrer wie: Lorenz, Pawke, Techmer und andere:
Radrennen
auf der Bühne

Winter-Garten
Täglich 7,15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPOL KABARETT
Behrenst. 53-54.
Janos u. Olivia
Marg. u. Luise Duwe
Lea Florenz
Franz Gravenhorst
Spieß u. Geo
Annie Kliemchen
Vinda bonas
Senta Söneland
in ihrem Sketch
„Pst Pst"
mit Fritz Berger.
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hontschel.

Schaubühne Moritzplatz
früher Buggenhagen
7½ Uhr
Ringkampf-Hauptturnier der Meisterklasse
Beginn: 16. Januar
Gemeldet bis jetzt:
Georg Strenge
Bruno Stromski
Georg Riesbacher
Willi Stalling
Pietro Scholz
Georg Laurig
Macole
Herrmann Laurig
Juchem
Paul Kisch
Georg Krawatski
Siegerpreise:
10000 M.
u. a. Goldpokal
für den 1. Preis.

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Gussy Holl
Mady Christians
Paul Graetz
Friedr. Hollaender
Hilde Ged
Hubert von Meyerinck
Ann Heusinger
Olli Sudahl
Fritz Feld
Karikaturenfilm von Trier
Eröffnung 7½, Beginn 8½ U.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814
Jed. Abend 7½ Uhr
Elite-Sänger

9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nchm. 3 Uhr ermäß. Preise voll. Abend-Programm. 1 Kind frei! Rauchen gestattet.
Sitzungen-Konzert. Beg. 7.30 Uhr.
Vorverkf. 11–1½ u. 4–6 Uhr.

Circus Busch
7½: Gr. Circus-Progr.!
U. a. Burgos-Co.
Resua u. Ass.
2 Lansons. O'Leary.
9 Uhr: Aphrodite

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die lebende Tote
mit Henny Porten.

Reichshall.-Theater

Jeden Abend 7½ und Sonnt. Nm. 3 U.:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

BARON

ATLANTIC DIELE
KURFÜRSTENDAMM 14 15
WIEDER ERÖFFNET

UFA Lichtspiele
Tauentzienpalast
Ab 16. Jan. 7 u. 8¾ Uhr: Uraufführung
Die Frau mit den Milliarden
6. Teil des grossen May-Films
Die Herrin der Welt
In den Hauptrollen: MIA MAY
Paul Hansen
Künstlerische Oberleitung: Joe May
Regie: Uwe Jens Krafft
Vorverkauf: 11 bis 1 Uhr

Spezialarzt Dr. med. Coleman
Sprechstunden 9–1, 5–7½. Sonntags 9–1.
Friedrichstraße 91/92 Ecke Dorotheenstraße. ♦ Teilzahlung gestattet.

Geöffnet von 8–6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!

Speisezimmer		Herrenzimmer	
1 Büfett	Eiche	1 Bibliothek,	Eiche
1 Kredenz	„	1 Schreibtisch	„
1 Ausziehtisch	„	1 runder Tisch	„
6 Stühle	„	1 Schreibsessel	„
		2 Stühle	„
Mark: 3750, 4500, 6750 etc.		Mark: 3650, 4875, 6500 etc.	

Schlafzimmer
1 Schrank mit Spiegel
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 3teilige Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 2650, 2950, 3875, 4800 etc.

Ständig große Ausstellung
von Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen = einfacher, mittlerer und elegantester Art =
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben

☛ Kriegsanleihe wird mit 83% in Zahlung genommen! ☚
Verkauf zu sehr billigen Preisen!!!
Plüschmäntel 550, 800, 1050
Kostüme 98, 115, 175
Sportjacken 68, 82, 95
Imprägnierte Seidenmäntel 165, 238, 295
Pelzmäntel 2500, 3400, 4200
Ulster 68, 112, 156
Gummimäntel für Damen u. Herren 118, 168, 225
Kunstseidene Strickjacken 215, 260, 315
Stoffröcke 36, Seidenröcke 83
Kunstseidene Blusen 48
Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntag geschlossen.
Infolge des zeitweilig großen Andranges in den ersten Januartagen erbitte
Besuch möglichst vormittags.

Ziehung 20. u. 21. Jan.
Rote ✚ Lotterie
Gesamtw. d. Gewinne Mk.
100 000 Lose: Hauptgew.:
100000
50000
10000
3017 Gewinne
Lose zum Preise v. 3,30 M.
Postgeb. u. Liste 50 Pf. außerd.
10 Lose in feiner Banknotentasche 33 M.
Gustav Hanse Nchfg.,
Bln., Neue Königstr. 86 und Alexanderstraße 38.

Kaninfelle
Hasen-, Ziegen- und Rehfelle, Wildware kauft zu höchsten Tagespreisen jedes Quantum Robert Kundt. Kürschnermeister, Berlin, Mohstraße 68. 18/17

MÖBEL
Tischlerei • F. Kernien,
Neue Königstr. 19b.
Gegründet 1894.
Wohnzimmer Schlafzimmer
Speisezimmer Herrenzimm.
in sehr gefällig. Formen in groß. Ausw. am Lager.

Am Freitag, 23. Januar 1920, vormittags 10 Uhr,
werden wir auf unserem Hof:

Berlin N, Wattstr. 22/24,
etwa 40 Pferde,
darunter
mehrere Maultiere,
sowie einen Landauer Kutschwagen aus unserem Kutschstall freiwillig versteigern lassen.
Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Gesellschaft
Berlin W 8, Krausenstr. 16. 185/10

Platin Gr. 142
Zahngebisse, Brennspitzen, Platinkontakte
Gold, Silber, in Abfällen, auch Barren
Silbergeschirre, Bestecke
Schmuckgegenstände, Brillanten
Bosch-Zündapparate
kaufen
Friedländer & Co., Berlin S, Kommandantenstr. 29, I. Telephon: Moritzplatz 5722.

Aerztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulatorische Behandlung.
Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Lichtheilmethode, die wissenschaftlich anerkannte u. glänzend bewährte „Künstl. Höhensonnen"-Behandlg., Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterkuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopathische u. mechano-therapeutische Behandlung. — Nachweisbar gute u. dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung; Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw. — Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten, die angeben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstraße 84. Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. — 2. Herr Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 23, II. Lungenleiden geheilt. — 3. Frau E. Bládorn, Cöpenick, Auguste-Viktoriastraße 24. Herz-, Leber- u. Nierenleiden wiederholt gebessert. — 4. Herr A. Engle, Restaur., Charlottenburg, Hubertstr. 12. Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. — 5. Frau Grünberg, Weißensee, Lindenallee 8. Von schwerem Asthma befreit. — 6. Frau M. Jaffe, Berlin, Rosenthaler Straße 10, I. Rheumatismus geheilt. — 7. Herr E. Ehrhardt, Gr.-Lichterfelde, Ringstraße 30a. Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt erfolgreich behandelt. — 8. Frau E. Hadorff, Berlin, Kolberger Str. 29/30. Nerven- u. Knochenhautentzündung geheilt. — 9. Frau Preuß, Pankow, Dammstr. 54. Lungenbluten in vier Tagen vollständig geheilt. — 10. Frau E. Herzmann, Schöneberg, Feurigstraße 61. Eiternde Fistel nach Blinddarmoperation geheilt. — 11. Herr E. Ritter, Friedenau, Sponholzstraße 56. Von Anlegeleintleiden geheilt. — 12. Frau A. Rohrmoser, Berlin, Breslauer Str. 1. Altes 15jähriges Herzleiden geheilt. — 13. Herr M. Uhner, Reinickendorf-West, Antonienstr. 7. Kieferoereiterung geheilt. — 14. Frau O. Hagel, Sachsenhausen bei Oranienburg i. Mark. Unterl.-Blutungen u. Nervenleiden geheilt. — 15. Frau Wm. Fritsche, Berlin, Marienburger Straße 48. Darmgeschwulst geheilt. — 16. Frau des Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magerviehhof. Von Geb.-Anlidung geheilt. — 17. Herr Erich Bock, Berlin, Hauptberger Str. 13. Von Nieren- und Blasenleiden, Wassersucht allgem. großer Schwäche geheilt. — 18. Frau Restaur. Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Basedowscher Krankheit geheilt. — 19. Frau E. Bopp, Berlin-Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Leiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — 20. Herr A. Schlabitz, Berlin, Caprivistraße 24. Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium erfolglos behandelt. — 21. Herr A. Hedwig, B.-Borsigwalde, Ernststr. 25. Von Magengeschwulst, Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. — 22. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Straße 26. Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Fußgelenk geheilt. — 23. Herr Gastwirt E. Michaelis, Charlottenburg, Wallstr. 87. Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 24. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstr. 62. Von Herzschwäche, Leberanschwellung geheilt. — 25. Frau Paul des Weichenstellers Herrn Wilhelm Haffner, Berlin-Westend, Bromberghaus. Von schwerem Beinleiden geheilt. Bein sollte abgenommen werden.
☛ Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheilter Patienten liegen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht! — Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren! — Sprech- und Behandlungszeit: 8–1, 4–7½ Uhr, Sonntag und Feiertag: 9–1 Uhr.
Heilanstaltsbesitzer
Professor P. Mistelsky
approbiert im Ausland
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Stellenangebote

Maschinenmeister für Tischlerei,
durchaus vertraut mit sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen, Wartung derselben u. der Elektromotore, umsichtig und fleissig, zum baldigen Eintritt gesucht. Nur Bewerber, welche den Nachweis langjähriger erfolgreicher Tätigkeit in gleicher Position bringen, wollen zunächst schriftliche Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen senden an Rudolf Mosse, Große Frankfurter Str. 101, sub O. L. 9781.

Werkzeugschlosser
auf Schneidbacken und große Schneideisen sucht für sofort
Fr. J. Breitung,
Berlin-Borsigwalde.

40—50 Klempner
für Kühler, Klempnerei und Behälterbau gesucht. Norddeutsche Kühlerfabrik G. m. b. H., Tempelhof, Oberlandstraße, Ecke Germaniastr. 1725*

Ornamenten-Klempner
stellt ein 91D
Norddeutsche Kühlerfabrik, Tempelhof, Oberlandstraße

Krankenschwestern
nur staatlich geprüft, für städtische Anstalten verlangt durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Friedrichstraße 110/112. Persönliche Meldung mit Papieren. — Vermittlung kostenlos. Geöffnet 8–7 Uhr.

Damenblusen-Arbeiterinnen
auf elegante Sachen (Seide und Wasch) erhalten dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Probearbeit, Ausweis und Lohnbuch. 65D*
Fischbein & Mendel,
Lindenstr. 44–47.

Mädchenkleider-Arbeiterinnen
auf elegante Sachen erhalten dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Probearbeit, Ausweis und Lohnbuch.
Fischbein & Mendel,
64D* Lindenstr. 44–47.

Backfischkleider-Arbeiterinnen
auf elegante Sachen erhalten dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Probearbeit, Ausweis und Lohnbuch.
Fischbein & Mendel,
63D* Lindenstr. 44–47.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Geschäftsstellen: 146/4a*
Markusstr. 36, Petersburger Platz 4, Wattstr. 9, Baerwaldstr. 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Straße 37, Lindenstr. 3, 2. H. pt., Ackerstr. 174, Prinzenstr. 31, Greifenhagener Str. 22, Wilhelmshavener Str. 48, Immanuelkirchstr. 24. — Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1. — Schöneberg, Belziger Str. 21. — Lichtenberg, Wartenbergstraße 1. — Treptow, Kiefholzstr. 412, Gramenz. — Neukölln, Neckarstr. 2.

einer größeren Anzahl noch Lebensgefahr besteht, so dürfte sich die Zahl der Toten wahrscheinlich noch erheblich erhöhen.

Um 11 Uhr nachts wird von amtlicher Seite gemeldet:

Bei den Ausschreitungen gegen die Nationalversammlung verlor die Sicherheitswehr 2 Tote, 2 Beamte, die anscheinend verschleppt worden sind, werden vermißt. Außerdem hat die Sicherheitswehr 10 Verwundete zu beklagen. Auf seiten der Angreifer wurden bisher 20 Tote und 40 Verwundete festgestellt.

•

Verdienter Lohn.

Auf dem Wege zur Nationalversammlung ist ein „Arbeiterverräter" von sehr würdigen Vertretern der „Arbeiterschaft" angehalten und von oben bis unten bespien worden. Dieser so gerecht abgestrafte Mann heißt Hugo Heimann. In jüngeren Jahren war er aus Idealismus in die Arbeiterbewegung eingetreten, hatte alles, seine Arbeitskraft und sein Geld, dem Kampf für den Sozialismus geopfert, er wurde der nächste Vertrauensmann von Bebel und Singer und kämpfte nach dem Tode der Freunde in ihrem Geist für ihre Ziele fort. So wurde er ein Mann mit weißen Haaren, hochangesehen bei Freund und Feind. Aber was hilft ihm das alles, er ist den alten Parteiidealen treu geblieben, er glaubt nicht an das Heil der Rätediktatur, er ist mit einem Wort ein verruchter Sozialdemokrat und Arbeiterverräter. So können ihn all seine Verdienste um die Arbeiterbewegung und auch sein weißes Haar vor schmutzigen Mißhandlungen nicht schützen. Wahrlich, wäre am blutigen Dienstag nicht mehr passiert, die Arrangeure einer Demonstration, bei der ein solcher Zwischenfall möglich war, hätten allein schon um dessentwillen alle Ursache, stolz zu sein. Die Berliner Arbeiterbewegung speit sich in ihrem hervorragendsten, verdientesten Vertreter selber an. Es ist geradezu ein Symbol!

•

Im Sitzungssaal.

Was sich unmittelbar nach den blutigen Vorfällen im Innern des Reichstages, namentlich im Sitzungssaal abspielte, wird ein Schandfleck in der Geschichte der U. S. P. bleiben. Abgesehen davon, daß zahlreiche Tribünenbesucher, offenbar durch die unabhängigen Abgeordneten mit Karten versehen, nach dem Muster der Berliner und Neuköllner Stadtverordnetensitzungen den Gang der Verhandlungen, durch fortgesetzte Rufe zu stören versuchten, benahmen sich die unabhängigen Abgeordneten in ihrer Mehrheit buchstäblich wie die Wilden. Sie beantragten die Vertagung, um angeblich die Toten — Opfer ihres Treibens — zu ehren, und da die Mehrheit des Hauses auf diesen heuchlerischen Versuch der Henke und Genossen, die blutigen Vorfälle parteipolitisch auszuschlachten, nicht einging, wollten sie — ein Dutzend Mann stark — die weitere Tagung verhindern.

Infolge einer Lücke in der Geschäftsordnung des Hauses gelang dieser Versuch. Durch kreischende „Schluß"-Rufe, durch Schläge auf das Pult, durch Johlen und Lärmen verhinderten sie sowohl den Berichterstatter des Betriebsrätegesetzes am Sprechen, wie auch den Präsidenten, sich Gehör zu verschaffen.

Die äußerste Linke des Hauses glich einer tollwütig gewordenen Menagerie: besonders die Abgg. Däwell, Fritz Geyer, Ziegs und Laukant gebärdeten sich schamlos. Es fiel dagegen angenehm auf, wie die Abgg. Wurm und Agnes sich an dem wüsten Lärm nicht beteiligten. Abgeordneter Oskar Cohn war nicht anwesend.

Noch nie sind Tote in einem Parlament so geschändet worden, wie am 13. Januar die unglücklichen Opfer der unabhängigen Treibereien durch die unabhängigen Abgeordneten.

Das hat Präsident Fehrenbach unter starkem Beifall des Hauses in einem kräftigen Satz den Herren Däwell, Fritz Geyer und Co. zu verstehen gegeben.

Der 13. Januar 1920 ist in jeder Beziehung ein Tag der Schuld und ein Tag der Schande für die Unabhängigen. Außerhalb wie innerhalb des Parlaments.

•

Die Mittwochsitzung der Nationalversammlung.

Die Sitzung ist auf vormittags 10 Uhr einberufen. Vor Eröffnung der Verhandlungen wird Reichskanzler Bauer eine Darstellung der Vorgänge des 13. Januar geben und den Standpunkt der Regierung darlegen.

Infolge der Verhängung des Belagerungszustandes wird von Mittwoch früh an die Reichswehr die Ordnung vor dem Reichstagsgebäude übernehmen. Es sind umfassende Absperrungen vorgesehen, so daß die Nationalversammlung die absolute Sicherheit für ihre Verhandlungen erhält.

Die Blutopfer der Rätediktatur.

Arbeiter! Angestellte! Parteigenossen!

Die unabhängig-kommunistischen Drahtzieher haben ihr übervolles Schuldkonto mit einem neuen blutigen Verbrechen an der Berliner Arbeiterschaft belastet. Ihrem Aufruf zur Demonstration vor dem Reichstag gegen das Betriebsrätegesetz und für die Rätediktatur hatte am Dienstag ein kleiner Teil der Berliner Arbeiterschaft Folge geleistet. Die meisten von ihnen begaben sich, wenn die Züge am Reichstag angelangt waren, bald wieder auf den Heimweg. Etwa 20 000—30 000 blieben dort zurück, zu denen sich bald, wie bei allen unabhängig-kommunistischen Veranstaltungen, allerlei zweifelhafte Radauelemente gesellten.

Der Reichstag war von schwachen Sicherheitswehrposten umgeben, die die Nationalversammlung vor einer Ueberflutung durch die Demonstranten schützen und ihr ruhiges Arbeiten ermöglichen sollten. Diese Polizeibeamten verhielten sich völlig ruhig und zurückhaltend. Bald nach 3 Uhr

drangen jedoch Demonstranten

durch Portal V in das Gebäude ein, entrissen den Sicherheitswehrleuten Seitengewehre und Karabiner, zerschlugen die Waffen, wobei ein Schuß gegen die Decke ging, und mißhandelten die Wehrleute.

Auch auf der großen Freitreppe wurden die Posten entwaffnet und mißhandelt. Drei verwundete Polizisten wurden in das Haus gebracht. Bis dahin war trotz alledem von der Sicherheitswehr kein Gebrauch von den Waffen gemacht worden.

Bald fielen aber aus der Menge einige Schüsse aus erbeuteten oder eigenen Waffen, dann versuchte ein Haufe in das Portal II (Eingang für Abgeordnete) gewaltsam einzudringen. Die wenigen Sicherheitspolizisten an dieser Tür gaben hierauf in der Notwehr Maschinengewehrfeuer, durch das die Menge, Tote und Verwundete zurücklassend, in die Flucht gejagt wurde.

Dies ist der nach unseren Feststellungen von Hunderten einwandfreien Zeugen beobachtete Sachverhalt. Es ist also eine Lüge, wenn von unabhängiger Seite behauptet wird, aus dem Reichstag sei zuerst geschossen worden. Das

Blut der Opfer

vom 13. Januar kommt auf das Haupt der Drahtzieher der gestrigen Demonstration, die nichts getan haben, um die Gewalttaten der Demonstranten zu verhindern. Allgemein wurde die Ruhe, Geduld und Zurückhaltung der Polizeibeamten bewundert, die lediglich in Notwehr handelten.

Tiefstes Mitleid mit den unglücklichen Opfern! Mit den schuldigen kommunistischen Drahtziehern aber muß die Arbeiterschaft endlich aufräumen!

Jetzt wird die

Parole zum Generalstreik

ausgegeben. Die Anhänger der Diktatur und des Terrorismus wollen mit dem Blut ihrer Opfer ihre Agitation düngen. Auf dem Unglück und der Not des Volkes, auf dem Zusammenbruch unserer Wirtschaft hoffen sie ihre Herrschaft aufrichten zu können.

Arbeiter! Angestellte! Ihr steht vor der schwersten Entscheidung! Es geht um Aufstieg oder Vernichtung des deutschen Volkes.

Generalstreik bedeutet Sieg der rohen Gewalt und Hungersnot! Deshalb

Nieder mit dem Generalstreik!

Die klassenbewußten Arbeiter und Angestellten arbeiten, weil nur so unser Volk vor völliger Vernichtung geschützt werden kann.

Der Vorstand
der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D.

•

Achtung! S. P. D.-Funktionäre.

Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenräte der S. P. D. heute nachmittag punkt 5 Uhr Konferenz im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94. Tagesordnung: Die gestrigen Vorgänge. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert!

Der Bezirksvorstand.

Der Ausnahmezustand verhängt

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen, hat der Reichspräsident für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und die von ihnen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängt.

Die Gründe.

Durch WTB wird bekannt gegeben: Die an verschiedenen Orten des Reiches aufflammenden Unruhen, die blutigen Ausschreitungen vor der Nationalversammlung in Berlin, besonders aber die Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten, haben den Reichspräsidenten veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das gesamte Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete die erforderlichen Ausnahmevorschriften zu erlassen.

Wo keine Veranlassung besteht, werden die ausführenden Stellen von den Ausnahmevorschriften praktisch keinen Gebrauch machen. Für den ganzen Geltungsbereich der Verordnung wird aber jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen verboten, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen. Lebenswichtige Betriebe sind alle öffentlichen Verkehrsmittel und alle Anlagen und Einrichtungen für Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Die Ausdehnung der Verordnung auf Bayern und Sachsen, wo Ausnahmevorschriften bereits bestehen und auf Württemberg und Baden bleibt nötigenfalls vorbehalten.

Die Verordnung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete nötigen Maßnahmen lautet:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und die von ihnen umschlossenen Gebiete folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann. Sie wird von dem Militärbefehlshaber auf dem Gebiete der Zivilverwaltung unter Mitwirkung eines Regierungskommissars (§ 3) ausgeübt, den der Reichswehrminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern ernennt.

§ 3. Die Weisungen des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis des Regierungskommissars zu bringen.

Anordnungen des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars.

§ 4. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt, oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.

§ 5. Gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers im Einzelfalle steht die Beschwerde an den Reichswehrminister offen. Soweit es sich um Beschränkungen der persönlichen Freiheit handelt, ist das Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1328) entsprechend anzuwenden.

§ 6. Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird verboten.

Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Zuwiderhandlungen werden nach § 4 bestraft.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. Januar 1920.

Der Reichspräsident Ebert. Der Reichskanzler Bauer.
Der Reichswehrminister Noske.

Noske übernimmt die Vollzugsgewalt.

Auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten betreffend den Ausnahmezustand übernehme ich persönlich die Ausübung der vollziehenden Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg ohne Uebertragung an einen besonderen Militärbefehlshaber. Zum Zivilkommissar ist der Polizeipräsident für Berlin, Herr Eugen Ernst, bestellt worden.

Der Reichswehrminister.
gez. Noske.

Verbot von Umzügen.

Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. d. M. verbiete ich für den Landespolizeibezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim alle Versammlungen in nichtgeschlossenen Räumen, ferner Umzüge und Ansammlungen von Menschenmengen. Ein erneuter Versuch, die gesetzgebende Körperschaft des Reiches in ihren Arbeiten durch Ansammlungen und Kundgebungen vor oder im Umkreise des Reichstagsgebäudes zu stören, würde schon im Beginn durch rücksichtslose Waffenanwendung verhindert werden.

Das Oberkommando.
gez. Noske.

Ausdehnung des Verkehrsstreiks.

Die Streikwelle wächst. Aus allen Teilen des Reiches wird steigende Erregung und Nervosität unter den Eisenbahnern gemeldet. Es ist ohne Zweifel festgestellt, daß die Unabhängigen und Kommunisten einen Riesenkampf in Deutschland mit allen Kräften schüren.

Das politische Verbrechertum ist am Werke, das deutsche Volk mit Gewalt in den Abgrund zu stoßen. Im Westen haben diese Schufte bewirkt, daß wohl Eilzüge durchgelassen, daß aber Lebensmittel- und Milchzüge für die städtische Bevölkerung angehalten wurden. Auf allen Stationen ist man am Werke, die unerfahrenen Arbeiter in den Streik zu hetzen und den Verkehr zu stören und einzustellen. Man treibt offenbar zunächst auf eine Einheitsfront der Eisenbahner im Westen hin.

Aus Frankfurt a. M. wird uns gebrahtet: Die Eisenbahnerbewegung hat sich derartig zugespitzt, daß auch hier mit einem Streik gerechnet werden muß. Die Handarbeiter verlangen sofortige Regelung ihrer Einkommenverhältnisse. Bedenklicher ist die Lage in den Bahnämtern Wetzlar, Limburg und Gießen. Obwohl die Eisenbahndirektion die Einreihung dieser Orte in die Lohnklasse I für dringend erachtet, hat die in Berlin tagende Kommission sie der Lohnklasse III zugeteilt. Die betreffenden Ämter wollen diese Zurücksetzung, falls sie nicht sofort behoben wird, mit dem Streik beantworten. Hierdurch würde der Verkehr mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vollständig unterbunden und eine Streikeinheitsfront vom Ruhrgebiet bis an die Mainlinie hergestellt, während die Auswirkungen noch gar nicht zu übersehen sind.

In Oberschlesien ist im allgemeinen die Betriebslage und die Streiklage dieselbe wie Montag abend. In Kreuzburg hat sich der Streik weiter ausgedehnt. Für Dienstag morgen wurde der Streik der Wagenwerkstätte Gleiwitz erwartet.

Die „Köln. Ztg." meldet aus dem Industriegebiete: Die vielen Nachrichten in den letzten Tagen über einen allgemeinen Ausstand sind vor allem auf die eifrige Tätigkeit in der Zentrale der Betriebsräte Deutschlands zurückzuführen und dann auch auf die Bildung eines neuen Verkehrsrevolutionsrates in Berlin. Diese Vereinigungen wollen den schwebenden Eisenbahnerausstand für ihre Zwecke gehörig ausnutzen. Zu einem allgemeinen Ausstand ist bis jetzt weder von der Zentrale der Betriebsräte noch irgendeiner anderen Körperschaft aufgefordert worden. Nach entscheidenden Beschlüssen der Nationalversammlung in diesen Wochen bei den Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz ist ein solcher Schritt auch nicht zu erwarten. Die kritische Zeit im Industriegebiet wird erst mit dem 1. Februar beginnen. Die radikalen Elemente unter den Bergarbeitern verlangen von diesem Tage an unter allen Umständen die Sechsstundenschicht und wollen von diesem Zeitpunkt an längere Schichten nicht mehr fahren. Welche Lösung diese Frage finden wird, weiß bis heute noch niemand.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist äußerst ernst. Der Streik der Eisenbahnarbeiter im hiesigen Direktionsbezirk, der von Duisburg bis Dortmund reicht, ist allgemein; die Beamten verhalten sich neutral, nur die Gelsenkirchener streiken trotz bewilligter Forderungen weiter. Personenzüge fahren nicht mehr. Die Notstandsarbeiten werden zwar verrichtet, aber bei dem herrschenden Wirrwarr nur in ungenügendem Maße. Die Belieferung mit Dienstkohle zum Beispiel ist nicht ausreichend, so daß auch im übrigen Reiche der Verkehr der Personen-, Güter- und Lebensmittelzüge in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Die Lebensmittelversorgung im Industriegebiet, besonders in Essen, ist zurzeit nur mit außerordentlichen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Sämtliche Schachtanlagen der Zechen Friedrich Thyssen (früher Deutscher Kaiser), Diergardt und Neumühle befinden sich seit Montag im Ausstand. Die Streikenden fordern Erhöhung der Löhne, Beschaffungsbeihilfe von 1000 Mark, sofortige Einführung der Sechsstundenschicht, anderweitige Regelung des Betriebsrätegesetzes, Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der politischen Gefangenen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Teuerungszulage in der Holzindustrie.

Die von der Berliner Gewerkschaftskommission geforderte Teuerungszulage von 25 M. wöchentlich hielten die Holzarbeiter **nicht für ausreichend**. Die Verwaltungssitzung, die sich mit dem Beschluß der Gewerkschaftskommission beschäftigte, stellte die Forderung von 1 M. pro Stunde Zulage für alle Arbeiter, 75 Pf. für Arbeiterinnen und 50 Pf. für Lehrlinge und Jugendliche unter 18 Jahren. In mehrmaligen Verhandlungen lehnten die Vertreter der Unternehmerverbände die Forderungen ab, zuletzt noch mit dem Einwand, eine Vereinbarung habe keinen Zweck, **weil sich die Arbeiter doch nicht daran halten**. Durch Zirkular forderten sie dann ihre Mitglieder auf, 50 Pf. pro Stunde zu bewilligen, wo Forderungen gestellt werden, neue Arbeitskräfte aber unter keinen Umständen einzustellen.

In einer starkbesuchten Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes in den „Prachtsälen des Ostens" berichtete **Siegle** über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Namens der Verwaltung empfahl er, der Teuerungszulage allein wegen **nicht zur Arbeitsniederlegung zu schreiten**. Wenn es zum Kampf komme, sollen gleichzeitig die allgemeinen Forderungen für die bevorstehende Tarifvertragsbewegung mit gestellt werden. Wollen die Kollegen aber sofort die Teuerungszulage haben, so können sie in ihrem Betrieb die Forderung geltend machen, aber sie müssen ohne Werkstattstreiks durchgeführt werden. Ein werkstattweises Vorgehen kann nicht gestattet werden. Als allgemeine Forderungen nannte Siegle Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden und Sonnabends 4 Stunden; Einstellungen und Entlassungen **nur mit Zustimmung des Ausschusses**; **Sommerurlaub** von 6 bis 12 Tagen; für Lehrlinge **dreijährige Lehrzeit**, im 1. Jahr 1/8, im 2. 1/4, im 3. Lehrjahre 1/2 Gesellenlohn.

Der 2. Bevollmächtigte **Zirkel** gab zu bedenken, daß über allgemeine Forderungen wochenlang verhandelt und die Teuerungszulage dadurch lange hinausgeschoben würde. Vielleicht sei eine werkstattweise Durchführung der Geldforderung der bessere und schnellere Weg.

In einer langen Diskussion sprachen sich alle Redner für schnellste Durchführung der Teuerungszulage aus. Sie griffen die **Verwaltung wegen der verschiedenen angeführten Bedenken gegen die Werkstattstreiks heftig an**. Die meisten berichteten dabei, daß die eine Mark pro Stunde in ihren Betrieben **bereits bewilligt** ist. Das konnte auch später durch Handaufheben der Versammelten aus einer großen Anzahl Betrieben festgestellt werden.

Der Verbandsvorsitzende **Neumann** versprach den Berliner Kollegen die weitgehendste Unterstützung durch den Hauptvorstand.

Beschlossen wurde, die angeführten **allgemeinen Forderungen** am nächsten Tage an die Unternehmerorganisation einzureichen. Bis Freitag mittag muß die Antwort eingegangen sein. Ueber die Antwort und die anschließenden Verhandlungen mit den Unternehmern wird in einer späteren Vertrauensmännerversammlung berichtet, die auch die weiteren Schritte beschließen soll. Auf Antrag verschiedener Vertrauensleute beschloß die Versammlung **Extrabeiträge** zur Durchführung des Kampfes zu erheben.

Der alte Geist lebt noch!

Ende Dezember 1919 wurde auf Grund von Vereinbarungen zwischen der Oberpostdirektion Berlin und den beteiligten freien Gewerkschaften den **Aushelfern** im mittleren Beamtendienst der Post- und Telegraphen-Verwaltung eine Gehaltsaufbesserung von 25 Proz. gewährt, und zwar rückwirkend ab 1. Dezember 1919; dadurch anerkannte die O. P. D., daß die Notlage der Angestellten durch die geringe Entlohnung eine immer größere geworden war. Die meisten Amtsleiter im Bezirk der O. P. D. Berlin waren auch einsichtig genug, dies zu begreifen und zahlten ihren Angestellten die Gehaltserhöhung nach wenigen Tagen aus. Nur das Postscheckamt glaubte ein Vorrecht zu haben, den Angestellten die Auszahlung bisher noch vorzuenthalten. Die Angestellten wandten sich beschwerdeführend an ihre **Organisation**, die bei der Amtsleitung diesbezüglich vorstellig wurde. Diese jedoch dekretierte kurz und bündig was folgt:

„Dem Personal ist Gelegenheit gegeben, seine Wünsche und Beschwerden durch Vermittelung des Beamten- und Arbeiter-Ausschusses zur Kenntnis des Amtes zu bringen. **Wir lehnen es deshalb ab, auf Ihr Schreiben einzugehen.**

gezeichnet: Neumann."

In welchen vorsintflutlichen Anschauungen muß der für das brüske Schreiben verantwortliche Beamte leben, wenn er glaubt, berechtigte Beschwerden von Organisationsleitungen mit ein paar schnoddrigen Redensarten abtun zu können. Wenn heute die Minister in enger Fühlung mit den Organisationsleitungen ihr schweres Amt führen, wirkt es lächerlich, wenn ein x-beliebiger Postdirektor die Vertreter der Arbeiter in solcher Weise anbläst.

Wir hoffen, daß dem Herrn klar gemacht wird, daß der „alte Geist" keine Daseinsberechtigung mehr hat, und da, wo er sich doch hervorwagt, von höherer Stelle dafür gesorgt wird, daß er sich nicht mehr breit machen kann.

Lebensmittelteuerung und Lohnausgleich.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des Deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes faßte in seiner Vorstandssitzung vom 9. Januar 1920 in Berlin folgenden Beschluß:

Die wirtschaftliche Lage der Transport- und Verkehrsunternehmungen ist eine **besonders schwierige**, weil sie nicht in dem Maße wie andere Erwerbszweige jeweilig zu einer dem Anwachsen der Ausgaben entsprechenden Erhöhung ihrer Einnahmen durch Erhöhung ihrer Beförderungspreise zu schreiten in der Lage sind. Trotzdem empfiehlt die Zentralarbeitsgemeinschaft den Unternehmungen des Deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes, die infolge der von der Reichsregierung beschlossenen Ablieferungsprämien für ihre Arbeitnehmer eintretende Verteuerung der grundlegenden Nahrungsmittel „**Brot und Kartoffeln**" für die Dauerung der durch die beschlossenen Ablieferungsprämien bedingten Preiserhöhung zu **übernehmen und baldmöglichst durchzuführen**.

Selbstverständlich kann diese Entschließung nur insoweit Geltung haben, als nicht in einzelnen Betrieben bereits durch besondere Vereinbarungen der obenbezeichneten Verteuerung der Lebensmittel Rechnung getragen ist oder soweit Naturalverpflegung gewährt wird. Es wird dem Zweck dieser besonderen Zulage entsprechend empfohlen, die Zulage **nach Maßgabe der Kopfzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden Familienangehörigen** — Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre — zu bemessen.

Diese Entschließung wird in der Erwartung gefaßt, daß die Arbeitnehmer durch entsprechende Arbeitsleistungen die dem Unternehmen auferlegten neuen Mehrausgaben **auszugleichen** bereit sind.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppe Geldschrankfabriken und Großschlossereien. Donnerstag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, wichtige Versammlung in den Pharussälen, Müllerstr. 142.

Deutscher Werkmeister-Verband. Große Werkmeister-Versammlung für alle Mitglieder des Deutschen Werkmeister-Verbandes im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, am 15. Januar abends 7 Uhr.

Wirtschaft.

Inland- oder Auslandversorgung?

Bei den **oberschlesischen Drahtwerken** sind umfangreiche Auslandsbestellungen eingelaufen. Die Fabriken sind auf dem **Höhepunkt** ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Sie können dennoch nicht die zahlreichen Aufträge erledigen, da außerdem dringende **Inlandsbestellungen** vorliegen.

Die Ausführung der Auslandsaufträge sichert den Werken die beträchtlichen **Valutagewinne**, die selbst gegenüber den **hohen Inlandspreisen** einen starken Reiz ausüben.

Da wir auf der einen Seite an der Ausfuhr **hochwertiger Erzeugnisse** ein Lebensinteresse haben, um uns **Auslandsguthaben** für die Einfuhr zu schaffen, auf der anderen Seite der **Inlandsbedarf** befriedigt werden muß, um das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, so muß die **Entscheidung** über die Verteilung der Produktion aus der **privatkapitalistischen** Interessensphäre schnellstens gerückt werden. Ueber die Verwendung unserer Inlandproduktion muß **gemeinwirtschaftlich** entschieden werden.

Solange wir keine **Zwang-Fachverbände haben, die die Bedarfsdeckung planmäßig regeln, die Produktion im Interesse der Gesamtwirtschaft verteilen, unterliegt unsere Wirtschaft der privatkapitalistischen Ausbeutung.**

Der **Reichswirtschaftsminister** möge alle Kräfte daran setzen, um die **Widerstände** der Industrie gegen eine **Unterstellung** unter eine gemeinwirtschaftliche Kontrolle zu überwinden. Die Produktion und ihre Verteilung ist keine **private** Angelegenheit mehr, nach den Existenzbedürfnissen der **Volksgesamtheit** ist die Produktion zu leiten.

Die deutsche Wärmewirtschaft.

Geh. Oberbaurat Dr. **Wittfeld**, der zum Leiter der im Ministerium der öffentlichen Arbeiten geschaffenen Abteilung zur Erforschung der neben der Steinkohle in Deutschland vorhandenen Brennmaterialien bestellt ist, berichtete am Montag über unsere zukünftige **Wärmewirtschaft** und machte die folgenden, höchst wichtigen Mitteilungen:

Die großen Vorkommen von Torf und Oelschiefer müßten in erster Linie der deutschen Wärmewirtschaft zugänglich gemacht werden. Oelschiefervorkommen erstrecken sich vom Süden der Provinz Hannover über Braunschweig, Darmstadt bis nach Württemberg hinein. Die Größe der Oelschieferlager wird auf 18 Milliarden Tonnen, der Inhalt der Torfmoore wird auf 5 Milliarden Kubikmeter Brennstoff geschätzt. Die **Vergasung des Brennstoffs** sei das große und erlösende Problem zur Regulierung der Wärmewirtschaft in Gegenwart und Zukunft. Die Verfeuerung einer Tonne Braunkohle ergibt 385 Kilowattstunden; bei einer Vergasung werden 408 Kilowattstunden erzielt und **dazu** 35 Kilogramm **Teer**, 4 Kilogramm **Pech**, 4 Kilogramm **Paraffin**, 4 Kilogramm **Starrschmiere**, 10 Kilogramm **Schmieröl** und 10 Kilogramm **Triebö**l gewonnen. Der außerordentlich starke Kohlenverbrauch der Eisenbahn, der in Deutschland 12 Millionen Tonnen Steinkohlen jährlich beträgt, heischt weitgehende Aenderungen. Die Elektrisierung einiger Strecken, so z. B. der Hamburger Stadtquerbahn, und der ausgebauten, aber noch nicht in Vollbetrieb befindlichen Strecken Magdeburg—Leipzig—Halle und Königszelt—Hirschberg—Lauban habe gute Ergebnisse gezeitigt. Nach der durchgeführten Elektrisierung der Berliner Stadtbahn wird zunächst an den Ausbau der Vollstrecken Berlin—Breslau über Görlitz—Hirschberg und Berlin—Magdeburg—Leipzig und Halle als Elektrostrecken gegangen werden. Als allgemein interessierend sei schließlich erwähnt, daß ein Verfahren entdeckt worden ist, **aus Teer Speisefette** für die Margarinefabrikation herzustellen. Eine der größten holländischen Margarinefabriken hat dieses Verfahren bereits übernommen.

Der Ausverkauf unserer Produktionsmittel.

Die Holländer kaufen unsere Oelfabriken. Nach der „Frankf. Zeitung" ist es die dem holländischen Margarinetrust angehörende Firma Juergens in Nymwegen, welche die Aufkäufe **von großen Aktienposten** der Oelfabrik Groß-Gerau-Bremen und der Bremen-Besigheimer Oelfabriken vorgenommen hat. Die holländische Firma steht im Begriff, **maßgebenden** Einfluß auf die Niederrheinischen Oelwerke in Goch zu gewinnen. Der **Aufsichtsrat** der Oelfabrik Groß-Gerau hat sich mit den neuen holländischen Großaktionären bereits **verständigt**. Das erlassene Gebot von 350 Proz. für die noch ausstehenden Aktien erfolgt für Rechnung der holländischen Firma im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Der belgische Einfluß im deutschen Zinkbergbau. Wie wir erfahren, beabsichtigt die belgische Zinkhütteninduſtrie, auf die deutschen Zinkhütten verstärkten Einfluß zu nehmen und hat zu diesem Zwecke größere Aktienposten der Stolberger Zinkhütte und der Rheinisch-Nassauischen Bergwerksgesellschaft erworben.

Die Engländer in Bremen. Das hiesige Hotel Stadt Petersburg, in dem sich augenblicklich das Durchgangslager Bremen befindet, ist, wie verlautet, an die englische Cunardlinie verkauft worden. Der Kaufpreis soll 7000 Pfund Sterling oder nach dem heutigen Kurs 1 400 000 M. betragen.

Ausländische Häuseraufkäufe in Berlin. Der ganze Hausvogteiplatz soll in Gefahr sein, von ausländischen Kapitalisten aufgekauft zu werden. Der Hausvogteiplatz ist das Zentrum der Berliner Konfektionsindustrie.

W. M. F. Geislingen. Wie verlautet, soll der bedeutendste Teil der Aktien der Württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen in ausländische Hände gelangt sein.

So geht es tagtäglich weiter! **Was** geschieht, um diesem **Ausverkauf**, diesem **Verrat der Kapitalisten** am eigenen Lande ein Ende zu machen? **Nur der schnellste zwangsweise** Zusammenschluß der Unternehmer nach **Fachgebieten** und ihre Unterstellung unter die **Kontrolle** der Gesamtheit kann uns retten. Wo bleibt das **Gesetz betr. den Schutz gegen die Ueberfremdung?**

Das Reichsmonopolamt für Branntwein hat technische Bestimmungen über die Vergällung von Branntwein, Untersuchung von Branntwein, Branntweinerzeugnissen usw. erlassen, die im Zentralblatt für das Deutsche Reich zur Veröffentlichung gelangen.

Regierung und Eisenindustrie. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenindustrie und der Regierung in der Frage der Schaffung von Selbstverwaltungskörpern schweben. Man ist sich soweit nahegekommen, daß sich die Industrie mit der Schaffung von Selbstverwaltungskörpern nach dem Plane der Regierung (das heißt unter Hinzuziehung der Verbraucher und Arbeitnehmer) grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Eine Einigung über die zur Beratung stehenden Punkte (Eisenhöchstpreise und Ausgleichskasse) ist zu erwarten. Die Eisenindustriellen fordern aber eine energische Aktion der Regierung in der Richtung der **Schließung des Loches im Westen** und in bezug auf die Sicherstellung **der Kohlenversorgung der Eisenwerke**.

Aus aller Welt.

Das Hochwasser.

Die **Edertalsperre** ist über die Ufer getreten, und es ist Hochwasser in den Flüssen zu befürchten. Vom Oberlauf der **Fulda** auf der Röhn kommen bedrohliche Nachrichten. Die Stadt Fulda meldet anhaltendes Steigen, Ueberflutungen und Verkehrsunterbindungen. Auch von Werra und Lahn kommen Unglücksbotschaften. In **Kassel** ist die Fulda über die Ufer getreten. Die Straßen der niedrig gelegenen Stadtteile stehen zum Teil unter Wasser. Der Verkehr wird dort mit Kähnen bewerkstelligt. — **Regnitz** und **Main** führen starkes Hochwasser. Aus ganz Nordoberfranken wird starkes Hochwasser gemeldet. Besonders katastrophal wirkte das Hochwasser in **Kronach**, wo weite Stadtteile unter Wasser gesetzt sind. Zahlreiche Geschäftsräume und Läden sind überflutet. Hochwassermeldungen treffen ferner aus vielen unterfränkischen Gebieten ein. — Der **Main** steigt mit unheimlicher Schnelligkeit und ufert in den tiefergelegenen Stadtteilen **Frankfurts** bereits an verschiedenen Stellen aus. Die tiefgelegenen Keller und die unteren Stockwerke werden bereits geräumt. Der **Pegel** ist von 2,78 auf 4,14 m gestiegen. — Der Rhein in Köln ist über die Ufer getreten.

Große Schiffskatastrophen. Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Mailand ist der Passagierdampfer Prinzessin Mafalda, der dem italienischen Lloyd gehört, auf eine **Mine** gelaufen. 700 Menschen sollen umgekommen sein. Die Nachricht sei jedoch von der Firma, der der Passagierdampfer gehört, noch nicht bestätigt worden. Das Schiff ist in Genua beheimatet und hat 9210 Tonnen. — Der französische Postdampfer „**Afrique**" hatte im Untergang um Hilfe angerufen. Man fand aber nur ein Boot mit 11 Personen und ein Floß mit 15 Personen an der Unglücksstelle vor. Die „Afrique" hatte 405 Personen an Bord.

Die asiatische Pest verbreitet sich in der ganzen **Ukraine** und im Norden Beßarabiens mit großer Schnelligkeit. Hunderte von Opfern sind zu beklagen. Einige Fälle wurden bereits auch in **rumänischen** Städten, wie in Jassy, amtlich festgestellt.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Fickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

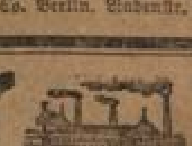
Möbel Bar oder Kredit
1- u. 2-Stuben-Einrichtungen,
Bunte Küchen,
Herren-, Speise-, Schlafzimmer
in großer Auswahl
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Möbel-Groß,
Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße.

Platin! Zahngebisse
Zahn bis 75 M.!
Gold! Silber!
Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber!
Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Messing etc.
Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Nach beendeter Inventur

Jackett-Anzüge, blau, mit und ohne Gurt	350.—	380.— M.
Jackett-Anzüge, farbig, haltbare Stoffe	390.—	415.— M.
Jacketts und Westen, marengo, 1- und 2-reihig	275.—	300.— M.
Cutaways und Westen, marengo und schwarz	375.—	450.— M.
Hosen, vornehme Streifenmuster	42.—	60.— M.
Ulster, neueste Formen	270.—	400.— M.
Paletots, beste Qualitäten	500.—	650.— M.

Keine Filialen mehr **BaerSohn** Nur eine Verkaufsstelle
Nur Chausseestrasse 29-30 Nur


Möbel
zum Engrospreise direkt an Private. — Riesenauswahl.
Schlafzim. [illegible] M.
Speisez. 915—[illegible] M.
Herrenz. 1046—[illegible] M.
Wohnzim. [illegible] M.
Küchen [illegible] M.
Lieferung frei. Lagerung kostenl. 10jähr. Garantie.
Möbel-Haus Rojowsky
Berlin, Kaiserstr. 66

Gold- u. Silbermünzen
Gold- und Silbermedaillen
kauft jeden Posten
zu allerhöchsten Preisen
Metallkontor
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 1.
Telephon: Moritzplatz 12 838